

# GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

**Redaktion:** Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28. Telefon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schenkenditz, Auguststraße 8. — Redaktionsschluss: Montag.

**Insertion.** Für die viergespaltene Peitzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Oberelkunft.

## Inhalt.

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Ein Professor über unsere Sozialversicherung. Rundschau. Politische Monatsschau. Vom Koalitionsrecht zur Koalitionspflicht, II. Die Erkrankung des Gemeinwesens. — **Allgemeines:** Unsre Lehrlingsabteilung und die Arbeiterjugendbewegung, II. Von der Walze. Ortsberichte: Lübeck. — **Der Steindrucker:** Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Berliner Steindruckereien. — **Die photomech. Fächer:** Aus den Sektionen: Berlin, Braunschweig, Erfurt, Leipzig. — **Feuilleton:** Die Hekatoncheiren. Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

**Beilage:** Adressenverzeichnis der Auskunfts-erteiler.

## Bekanntmachungen.

**Der Streik in Brasilien,** in der Firma *Fold, Schrappe & Co. in Coritiba* (s. »Gr. Pr.« Nr. 12) ist durch den Abschluß eines Vertrages beigelegt. Die tägliche Arbeitszeit wurde von 9 auf 8 $\frac{1}{2}$  Stunden verkürzt; ebenso wurden die Löhne geregelt. Die Sperre ist daher aufgehoben. *Deutscher Graphischer Verband, Brasilien.*

## Ein Professor über unsere Sozialversicherung.

Bei den wirtschaftlichen Verhältnissen, unter denen die Bevölkerung lebt, ist es nicht möglich, daß der Einzelne für die Zeit der Krankheit oder für die Folgen von Unfall, Invalidität usw. Vorsorge trifft. Der modernen sozialpolitischen Arbeiterversicherung liegt die richtige Erkenntnis zugrunde, daß es Aufgabe der Gesellschaft ist, für ihre Glieder zu sorgen, die wegen Krankheit, Unfall usw. aus der Bahn des Erwerbslebens geschleudert werden. In Deutschland hat sich die Arbeiterversicherung am frühesten entwickelt. Das ist kein Zufall. Die Schaffung der Arbeiterversicherungsgesetze ist nicht die Großtat irgend eines Kaisers, sondern lediglich eine Konzession der Regierung auf die Forderung der schon frühe zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiterklasse. Bismarck selber sagte einmal, daß wir auch das bürgerliche Sozialpolitik nicht haben würden, wenn wir keine Sozialdemokratie hätten und wenn es nicht Leute geben würde, die sich vor ihr fürchteten. Nachdem nun in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts der Stein ins Rollen gekommen war, gab es kein Zurück mehr. Trotz der Scharfmachereien der Junker und Industriellen hat die Versicherung im Laufe der Jahrzehnte weiter ausgebaut und durch Erhöhung der Leistungen verbessert werden müssen.

Freilich: eine ausreichende Fürsorge bietet auch selbst die Reichsversicherungsordnung in keinem Versicherungszweige. Was den Witwen und Waisen gegeben wird, ist der reine Hohn. Die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge wurden im Reichstage fast durchweg abgelehnt. Erstens hatte man keine Zeit, sich mit ihnen zu beschäftigen, und zweitens wäre die Belastung der Volkswirtschaft angeblich zu groß gewesen. Man hatte »berechnet«, daß die Durchführung der sozialdemokratischen Anträge 1200 Millionen Mark kosten würde. Damit wollte man diese Forderungen als ganz unsinnig hinstellen. Abgesehen davon, daß die Berechnung gar nicht stimmte, geniert man sich jetzt nicht

im geringsten, 1200 Millionen Mark für Rüstungsausgaben zu fordern. 1000 Millionen sollen davon durch eine einmalige Vermögensabgabe aufgebracht werden. Warum kam man auf diesen schönen Gedanken der Vermögensabgabe nicht auch schon bei Beratung der Reichsversicherungsordnung? Wir wissen es. Wenn die Vermögensabgabe wirklich erfolgt, was bei der bekannten »Opferwilligkeit« der Reichen ja noch gar nicht feststeht, dann erfolgt sie jetzt im Interesse des Besitzes; damals hätte sie im Interesse der Besitzlosen geschehen müssen und die sind ja nicht bedürftig. Wenigstens sind sie es nach Ansicht der Besitzenden nicht. Wie oft rufen die Industriellen und die Junker der Regierung mit Bezug auf die Arbeiterschutzgesetze zu: bis hierher und nicht weiter!

Letzten Endes haben bekanntlich die sozialdemokratischen Abgeordneten gegen die Reichsversicherungsordnung gestimmt. Von den bürgerlichen Parteien schlossen sich ihnen nur einige Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei an. Kürzlich ist nun ein Buch von Professor Manes über »Moderne Versicherungsprobleme« erschienen. Hören wir, was Manes zur Ablehnung der Reichsversicherungsordnung sagt: »Vieles läßt sich für, nicht wenig aber auch gegen die Reichsversicherungsordnung sagen, wenn man sie vom Standpunkt des Sozialpolitikers aus betrachtet, dessen Werturteil dadurch im wesentlichen beeinflußt wird, ob und wie die soziale Fürsorge weiteren Kreisen und in höherem Maße als bisher gewährleistet wird. Stellt man die Fortschritte in diesem Sinne den rückständig gebliebenen oder gar verschlechterten Bestimmungen gegenüber, so ist es nicht immer ganz leicht zu beweisen, daß jene diese übertreffen.« Zu einem anderen Ergebnis gelangt man nach Manes nur, wenn man den objektiven Standpunkt verläßt.

»Ehe man in Zukunft daran geht, das Gebäude immer höher zu bauen, neue Stockwerke und Türme aufzusetzen, es auch für Bevölkerungskreise einzurichten, die zum großen Teil besser gestellt sind, als die heute bereits unter die soziale Versicherung Gebrachten, muß man — nach Manes — am Fundament arbeiten, darf man sich nicht scheuen, in den dunklen Keller dieses Gebäudes zu steigen und hier Verbesserungen vorzunehmen. Den Fortschritt der sozialen Versicherung sollte man nicht in der Weise fördern, daß diese immer neue Volkskreise mit höherem Einkommen umschließt, sondern darin, daß sie die Armenpflege völlig verdrängt. Nicht nach oben, sondern nach unten heißt es ausbauen...« Wir sind allerdings der Meinung, daß sich der Ausbau nach oben und nach unten sehr wohl vereinbaren läßt. Man muß das eine tun und darf das andere nicht unterlassen.

Die vielgerühmte *Witwen- und Waisenfürsorge* sowie die *Angestelltenversicherung* bezeichnet Manes als »gänzlich unzureichend«. Bekanntlich erhalten nur *invalide* Witwen eine Rente. Sozialdemokratische Vertreter traten dafür ein, *allen* Witwen eine Rente zu gewähren und zwar in derselben Höhe, die der Verstorbene erhalten hätte, wenn er statt zu sterben

invalide geworden wäre. Die *Witwen der Beamten* erhalten ja auch die Pension ohne Rücksicht darauf, ob sie invalide sind oder nicht. Die *Arbeiterwitwen* müssen erst warten, bis sie nicht mehr kriechen können, um eine »Rente« von 20 Pfg. pro Tag zu erhalten. Die Landesversicherungsanstalten machen freilich dabei ein feines Geschäft. Bekanntlich sind die Invalidenbeiträge mit Rücksicht auf die Witwen- und Waisenfürsorge erhöht worden. Die *Landesversicherungsanstalt Schlesien* hatte im Jahre 1912 aus den erhöhten Beiträgen eine Mehreinnahme von 8 Millionen Mark. Weil die Rückzahlung an die Frauen Verstorbener und an die Mädchen, die sich verheiratet, nicht mehr erfolgt, wurden außerdem noch 800000 Mark gespart. Während die Mehreinnahmen also 8800000 Mark betragen, wurden für die *Witwen* nur 1200000 Mark ausgegeben!! Das bedeutet für die Versicherungsanstalt eine Ersparnis von 8680000 Mark!! Ihr Vermögen beträgt jetzt 115 Millionen. Bei den anderen Versicherungsanstalten liegen die Verhältnisse ähnlich. Es sind also genügend Mittel vorhanden, höhere Renten zu zahlen.

Das *Pensionsgesetz für Privatangestellte* bezeichnet Manes als eine »politische Aktion«, die vorgenommen wurde, um die Reichstagswahlen in einer bestimmten Richtung zu beeinflussen. »Die Wünsche einer großen Anzahl Angestellter, die als Reichstagswähler möglicherweise ihre Stimme der äußersten Linken geben hätten, sollten erfüllt werden, um die weniger linksstehenden Parteien zu verstärken.« — So treibt die »böde Negation« der Sozialdemokratie die Regierung auf allen Gebieten vorwärts.

Manes hat auch richtig erkannt, warum man für die Privatbeamten eine teure *Sonderversicherung* schuf, statt einfach eine Angleichung an die schon bestehende Invalidenversicherung vorzunehmen. Er schreibt: »Die Vermutung, daß die Berührung der dem Mittelstand angehörigen Angestellten mit den Arbeitern jene radikalisieren könnte, führte den Gesetzgeber dazu, eine besondere, gänzlich neue, sehr kostspielige und umständliche Organisation ins Leben zu rufen. Der Umstand, daß unsere Angestelltenversicherung ohne jeden äußeren Zusammenhang mit der Invalidenversicherung, Alters- und Hinterbliebenenversicherung ist, andererseits aber zwei Drittel aller derjenigen, welche unter die Angestelltenversicherung fallen, auch auf Grund der Reichsversicherungsordnung invalidenversicherungspflichtig sind, führt dazu, daß etwa 1 $\frac{1}{4}$  Millionen Personen doppelt versichert sind. Diese haben hier wie dort Beiträge zu zahlen, ihre Arbeitgeber haben doppelte Marken zu kleben.«

Bei »aller Bewunderung der deutschen Sozialversicherung« muß Manes als objektiver wissenschaftlicher Beobachter zugeben, daß »das schweizerische Gesetz einer organischen Verbindung der Kranken- und Unfallversicherung unser System aus zahlreichen Gründen übertrifft.« Bei dieser Gelegenheit möchten wir daran erinnern, daß in der Schweiz im Jahre 1910 die Militärausgaben von 44 auf 43 Millionen

herabgesetzt wurden. Die Ersparnis wurde für die Kranken- und Unfallversicherung verwandt. Wenn man in Deutschland diesem Beispiel folgen möchte, dann könnte in ganz anderer Weise für Kranke und Invalide gesorgt werden, als das heute der Fall ist.

Nun kommt es aber schließlich weniger auf das System als auf die Leistungen der Versicherung an. Und auch hier müssen wir konstatieren, daß Deutschland vom Ausland schon in manchen Punkten überflügelt wird. In der Schweiz sind z. B. auch *Nichtbetriebsunfälle* versichert. England überragt nach Manes seit dem Jahre 1911 die deutsche Sozialversicherung nach verschiedenen Seiten ganz wesentlich. Dort ist schon die *Arbeitslosenversicherung* eingeführt worden, welche bei uns noch immer als »utopistische Forderung« gilt, weil sie in den Augen vieler weiter nichts ist, als eine »Prämie auf Faulheit«. Außerdem hat England eine großzügige Fürsorge für alle unbemittelte Bürger außerhalb der Armenpflege. Die Unfallversicherung ist auch auf zahlreiche *Gewerkrankheiten* ausgedehnt worden und der *Invaliden- und Krankenversicherung* unterstehen noch weitere Kreise als bei uns. Das »soziale Wunderland« *Australien* und besonders *Neuseeland* hat eine allgemeine *Staatsbürgerfürsorge*, die darin besteht, daß jeder 65- oder 60jährige der weniger als 52 Pfund (1062 Mk.) Einkommen und weniger als 310 Pfund (6353 Mk.) Vermögen besitzt und keine Freiheitsstrafe über ein gewisses Maß verbüßt hat, bis an sein Lebensende eine Rente aus allgemeinen Staatsmitteln erhält, ohne daß irgend welche Beiträge dazu geleistet worden sind. Die Rente beträgt 30—40 Mk. pro Monat. Auch *Dänemark* und *Irland* haben eine Staatsbürgerfürsorge in diesem Sinne.

Je mehr die Arbeiterbewegung im In- und Auslande erstarkt, desto eher wird die Arbeiterschutzgesetzgebung aller Staaten erweitert werden müssen.

Rudolf Weck.

## Rundschau.

**Die Gründung eines graphischen Industrieverbandes** wird nun doch auch im Juni d. J. in Danzig tagende Generalversammlung des Buchdruckerverbandes beschäftigt, vorausgesetzt, daß die zu diesem Zwecke gestellten Anträge die genügende Unterstützung finden. Der erste dieser Anträge wurde vom Bezirk Düsseldorf gestellt und lautet: »In allen mittleren und größeren Druckorten sind mit den verschiedenen graphischen Gewerben Kartelle zu bilden, deren Aufgabe es hauptsächlich sein soll, der Gründung des graphischen Industrieverbandes die Wege zu ebnen.« Der zweite von den Mitgliedern Freiburg i. Schl., Friedland i. Schl., Glatz, Gottesberg, Neurode, Schweidnitz, Striegau und Waldenburg i. Schl. gestellte Antrag besagt: »In Anbetracht der Tatsache, daß die wirtschaftlichen Kämpfe den noch engeren Zusammenschluß großer Arbeitermassen bedingen, möge sich die Generalversammlung für die Gründung eines graphischen Industrieverbandes erklären.« Daß diese Anträge eine Mehrheit finden könnten, halten wir nach der bisherigen Haltung des Buchdruckerverbandes für ausgeschlossen. Sie können nur dazu dienen, der Idee eines festeren Zusammenschlusses der Verbände des polygraphischen Gewerbes auch in der Organisation der Buchdrucker den Boden eben zu helfen. Und von diesem Gesichtspunkte aus können wir diese Anträge nur begrüßen.

**Die Anregung zur Veranstaltung von Studienfahrten** nach der *Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914* in Gemeinschaft mit den Mitgliedern der anderen graphischen Organisationen, die wir am Schluß unserer beiden Artikel über die Ausstellung in Nr. 11 der »Gr.Pr.« gaben, wird von der »Buchbinderzeitung« unterstützt. Sie gibt in ihrer Nummer vom 23. März ihren Lesern unsre diesbezüglichen Ausführungen bekannt und bemerkt dazu: »Diese Anregung scheint uns der Wiedergabe und der lebhaftesten Unterstützung wert zu sein und es ist Sache unserer Ortsverwaltungen, in Verbindung mit den übrigen graphischen Organisationen solche gemeinsamen Fahrten vorzubereiten. Zur selbständigen Ausführung werden ohnehin nur wenige Zahlstellen unseres Verbandes in der Lage sein und darum sollte die Anregung der »Graph. Presse« auch bei unseren Mitgliedern allseitig Zustimmung finden.«

**Die Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914** findet auch im Auslande das lebhafteste Interesse. Das lehrt wieder ein Schreiben aus *Konstantinopel*, durch das dortige Fachkreise der Ausstellungsleitung unaufgefordert mitteilen, daß man gern bereit ist, sie in jeder Weise zu fördern. So werden der Ausstellung unter anderem photographische Reproduktionen von wertvollen alten Handschriften und von ganzen Werken

völlig kostenlos zur Verfügung gestellt, darunter alte Werke aus Bibliotheken islamitischer, theologischer Universitäten, aus Klöstern und Lehranstalten, so daß die seltensten alten Handschriften, die wohl noch nie zuvor auf Ausstellungen vorgeführt wurden und an denen gerade die Bibliotheken des Orients so reich sind, zu sehen sein werden.

**Auch die Papier-Industrie-Ausstellung**, die vom 3. bis 14. Mai d. J. in den Ausstellungshallen der Philharmonie zu Berlin veranstaltet wird, erweckt in den Fachkreisen das lebhafteste Interesse. Eine Reihe Fachverbände und andere interessierte Korporationen haben bereits den gemeinsamen Besuch ihrer Mitglieder angemeldet, so daß sich die Ausstellungsleitung veranlaßt sah, zur glatten und prompten Organisation dieses Massenbesuches ein *Verkehrsbureau* einzurichten. Es hat die Aufgabe, den von auswärts kommenden Besuchern alle möglichen Erleichterungen in Bezug auf Fahrt, Logis, Besuch der Ausstellung und der Berliner Sehenswürdigkeiten zu verschaffen. Seine Leitung ruht in den Händen des Mitgliedes der Ausstellungskommission Herrn *Paul Vollmer* und alle diesbezüglichen Zuschriften sind an die Adresse zu richten: »*Papier-Industrie-Ausstellung*, Abteilung Verkehrsbureau, Berlin N. 58, Schönhauser Allee 69, Fernsprecher: Amt Norden 8232.« Für die fremden Gäste bereitet die »*PIA*« die Herausgabe eines besonderen »*Führers* durch Berlin und die *Papier-Industrie-Ausstellung*« vor, der nach seinem Erscheinen allen auswärtigen Besuchern kostenlos übersandt wird.

**Eine internationale Reklamemarken-Ausstellung**, die »*Irmas*«, findet in den Tagen vom 6. bis 20. April d. J. in den Räumern der Bayerischen Landesgewerbe-Anstalt in *Nürnberg* statt. Als Ausstellungsgegenstände werden auch Musterkollektionen von Kunstanstalten, Buchdruckereien usw., sowie Entwürfe von Künstlern zugelassen.

**Die deutsche Bücherproduktion im Jahre 1912** betrug nach dem »*Berl. Tagebl.*« 34801 Bände, 1803 Bände mehr als im Jahre 1911. Die Geldknappheit, die Steigerung der Lebenshaltung und die wenig beständige politische Lage, sowie das andauernde Wachsen der Herstellungskosten haben ebensowenig wie die Mahnungen aus Buchhändlerkreisen vermocht, der Produktion Einhalt zu gebieten. Während das Sortiment fortgesetzt über schlechten Geschäftsgang klagt, da der Deutsche bekanntlich keine Bücher kauft, steigt die Produktionsziffer weiter. Wieviel von den erschienenen Werken wieder zur Makulatur wird, meldet allerdings kein Lied und Heidenbuch. Die Steigerung kommt fast allen Wissensgebieten zugute. Nur die Sprach- und Literatur-Wissenschaft, die Erdbeschreibung, die Haus-, Land- und Forstwirtschaft welsen fallende Zahlen auf.

**Die deutsche Bücherausfuhr im Jahre 1912** war im Gegensatz zur Produktion bedeutend geringer als im Jahre 1911. 131735 Doppelzentner *gedruckte Bücher* wurden ausgeführt, das sind 952 Doppelzentner weniger als im Jahre zuvor. Der Warenwert stieg jedoch von 51,4 Mill. Mark auf 54 Millionen Mark. Mehr als 10000 Doppelzentner wurden versandt nach *Österreich-Ungarn* (59034), *Schweiz* (19033), *Rußland* (11538) und den *Vereinigten Staaten* (10783). Von 5—10000 Doppelzentner erhielten noch die *Niederlande* und *Frankreich*. — Zur *Einfuhr* kamen 55148 Doppelzentner, gegen 1911 1310 Doppelzentner weniger. Hauptursprungsland ist hier *Österreich-Ungarn*, dann *Großbritannien*, die *Niederlande*, die *Schweiz* und *Frankreich*.

**Die Förderung der Lithographie** läßt sich die *Stadt Paris* angelegen sein. Der Pariser Gemeinderat hat, wie die »*Freien Künste*« melden, den Lithographen *Claret* mit der Herstellung einer Chromolithographie nach dem dekorativen Gemälde »*Die Musik*« von *Flameng* im Rathaus betraut; einen ähnlichen Auftrag erhielt *H. Delamain*, der das *Portrait* des Malers *Ziem* von *Ricard* in Chromolithographie ausführen wird. Der Lithograph *van Geleyn* erhielt einen Studienpreis von 300 Francs.

**Beim Koalitionsrechtskampf im frommen Kevelaer** benutzte die christliche Organisation bekanntlich auch das Kampfmittel des Boykotts. Diese unchristliche Tat versucht sie nun den Unternehmern gewissermaßen abzubitten durch folgenden Brief, den der »Vorwärts« zu veröffentlichen in der Lage ist: »Sehr geehrte Firma! Dem verehrlichen Buchhandel teilen wir hierdurch mit, daß der Buchbinderstreik in Kevelaer gestern beigelegt wurde. Durch Vermittlung von dritter Seite wurden Verhandlungen der beteiligten Parteien im Rathaus zu Kevelaer herbeigeführt, die durch beiderseitiges Entgegenkommen einen beide Teile befriedigenden Abschluß ergaben. Von Seiten der Arbeiter sind in folge des Kampfes Fabrikate der Kevelaerer Gebelbuch- und Devotionalienindustrie vielfach zurückgewiesen worden. Auch sind die Käufer obiger Artikel ersucht worden, von Kevelaer nicht mehr zu kaufen. Im Interesse unserer wieder zur Arbeit zurückgekehrten Mitglieder bitten wir Sie dringend, von einem Abbruch der geschäftlichen Beziehungen zu Kevelaerer Industrie Abstand zu nehmen bzw. die alten Beziehungen wieder aufzunehmen. Das Arbeiterinteresse erfordert eine schleunige Wiedereinstellung des guten Rufes des Kevelaerer Buchbindergewerbes. Köln, den 21. Februar 1913. Für den Graphischen Zentralverband: *Ad. Hornbach*, Zentralvorsitzender.« Das Anschieben an die Buchhändler repräsentiert sich als ein wahres Angstprodukt,

das zeigt, unter welchen Bedingungen der Friede zustande gekommen sein mag. Für die Arbeiter ist denn auch nichts weiter herausgekommen, als das Versprechen, im Laufe des Jahres in eine Tarifverhandlung einzutreten. Dafür hat sich der Zentralverband anscheinend verpflichtet müssen, obendrein Reklame für die Kevelaerer Unternehmer zu machen, um die üblen Wirkungen, die anscheinend der Boykott im Gefolge hatte, gutzumachen. Das nennen die Christlichen denn »erfolgreiche Lohnbewegungen.«

**Anfragen beim Stellungswechsel!** Trotz mehrfacher Hinweise in der »*Graphischen Presse*« kommt es immer und immer wieder vor, daß Kollegen zureisen, ohne vorher durch Anfragekarte die unbedingt nötige Auskunft einzuholen. Manche uneifahrenen Kollegen lassen sich durch den Hof-Titel einer Firma oder dadurch blenden, wenn beim Titel »& Co.« steht. Man denkt sich unter »Compagnie« oder »Hof-Lithographie« und »Druckerei« etwas recht »Feines« und »Großes«. Solche Kollegen erleben dann oft schwere Enttäuschungen, und wenn man die Ausdrücke alle wiedergeben wollte, mit denen sie ihrem berechtigten Zorn Luft machen, würde der Raum der »*Graph. Presse*« gar nicht ausreichen. Auch sind es nicht Kosename, die dann gebraucht werden. Um vor Reinfall einigmaßen bewahrt zu sein, ist es eben unbedingt notwendig, in allen Fällen, auch bei den schönsten Firmennamen, vor dem Abschluß jedes Engagements erst beim Auskunftserteiler anzufragen!

**Die Aussperrung im Malergewerbe**, schreibt die »*Zeitschrift*« des Buchdruckerbesitzerverbandes ruhig und gelassen, »scheint keinen großen Umfang anzunehmen. Der Bund deutscher Dekorationsmaler, dem in der Hauptsache Großfirmen angeschlossen sind, hat eine Beteiligung abgelehnt und sich bereit erklärt, die Schiedssprüche der Unparteilichen anzuerkennen. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, hat inzwischen die Unparteilichen ersucht, nochmals Einigungsversuche zu unternehmen, gleichzeitig sein Bedauern darüber aussprechend, daß die Schiedssprüche keine Annahme bei den Arbeitgebern gefunden haben.« Mit dieser sachlichen Meinungsäußerung vergleiche man den Hetzartikel, den das »*Deutsche Steindruckgewerbe*« des Schutzverbandes der Steindruckunternehmer in seiner letzten Nummer verzapft, um die Unternehmer des Maler- und des Baugewerbes gehörig scharfzumachen. Da erstere bekanntlich die Schiedssprüche des Unparteilichen ablehnten und den Kampf vom Zaune brachen, um, wie sie selbst betonten, die *gefillten Gewerkschaftskassen zu leeren*, läßt die Stellungnahme des Steindruckgewerbes lehrende Rückschlüsse zu, welche Motive für die Handlungen des Schutzverbandes maßgebend und wo die treibenden Kräfte für den letzten großen Kampf in unserm Gewerbe zu suchen sind. Die »*Zeitschrift*« wird aus diesem Hetzartikel des »*Steindruckgewerbes*« erkennen, daß sie seiner Zeit die für den Kampf im Steindruckgewerbe Verantwortlichen an der unredlichen Stelle suchte. Das Fiasko, das die Schieber unter den Unternehmern des Malergewerbes mit ihrer Aussperrung machten, lehrt allerdings, daß die große Mehrheit dieser Unternehmer den Scharfmachereien weit weniger zugänglich ist als es die Unternehmer im Steindruckgewerbe waren.

**Im Baugewerbe** ist dasselbe zu beobachten. Auch hier wird der Hetzartikel des Schutzverbandes organs kein Unheil mehr anrichten können, denn der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat in seiner Sitzung vom 18. März den von den Unparteilichen vorgeschlagenen »*Reichstarifvertrag für das Baugewerbe als Grundlage für die bezirklichen und örtlichen Tarifverhandlungen*« angenommen. Da die Zentralverbände der Arbeiter die Annahme bereits am 12. März ausgesprochen haben, können die Bezirks- und örtlichen Verhandlungen nunmehr beginnen. Sie sollen bis zum 19. April beendet sein. Bis dahin bleiben vorläufig die eigentlich Ende dieses Monats ablaufenden Tarifverträge noch in Kraft. Voraussichtlich dürfte also auch im Baugewerbe ebenso wie im Holzgewerbe die Tarifierneuerung ohne Kampf erfolgen und das Schutzverbandsorgan hat mit seiner Messerwetzerei das Nachsehen!

**Die Verschmelzung der Keramarbeiterverbände** ist durch die Vollendung des Statuentwurfs für die angestrebte neue Organisation in greifbare Nähe gerückt. Der Entwurf wurde in den Verbandsorganen der Töpfer, Glas- und Porzellanarbeiter veröffentlicht. Die drei Verbände sollen zu gleicher Zeit und am gleichen Ort Verbandstage abhalten und dann in einem gemeinsamen Kongreß das Statut endgültig festsetzen. Hierauf sollen die Mitglieder der drei Verbände auf Grund dieses Statuts über die Verschmelzung in letzter Instanz entscheiden. Die Einberufung der drei Verbandstage sowie der kombinierten Generalversammlung soll so schleunig wie möglich, die Abhaltung dieser Tagungen spätestens bis Mitte Juli vollzogen werden. — Unzweifelhaft wäre auch diese Fusion der Keramarbeiterverbände ein weiterer Schritt zur Vervollkommnung und Schlagfertigkeit der deutschen Gewerkschaftsverbände. Der vereinigte Verband zählte dann sofort zirka 45000 Mitglieder, bekäme damit eine stärkere Werbekraft und wäre vor allem auch weit eher in der Lage, den Unternehmern kampffähig entgegenzutreten zu können. Die Festigung der Unternehmervverbände erfordert verschärfte und verbesserte Kampfswaffen des Proletariats.



minderwertige Menschen sind. Wer die wirklichen Verhältnisse nicht kennt, bildet sich mandmal ein, daß es freihändig gesinnte Arbeiter mit stark ausgeprägtem Selbständigkeitsgefühl seien, die sich dem Zwange der Organisation nicht beugen wollen, weil sie auf ihre eigene Kraft bauen. Besonders in den Kreisen der Politiker und Zeitungsdreher ist diese Meinung noch heute weit verbreitet. Tatsächlich aber handelt es sich hier um Leute, die kein Verständnis besitzen für die Notwendigkeit und die Bedeutung der Gewerkschaft, die kein Gefühl haben für Solidarität und Kollegialität, die beitragsdru und feige sind und aus Liebeshiererei und Sklavensinn auf ihr Recht, das ihnen zusteht, freiwillig verzichten.

Daß die Unternehmer und Unternehmungskreis anders urteilen, braucht uns nicht zu wundern. Wenn sie die unorganisierten Arbeiter mit einem Glorienschein umgeben, während sie doch die Außenseiter in ihren eigenen Reihen bekämpfen und verachten, so tun sie das deshalb, weil sie die proletarischen Außenseiter zu ihren selbstsüchtigen Zwecken mißbrauchen. Hier zeigt sich so recht die doppelte Moral, die unsere heutige Gesellschaft charakterisiert: man gibt sich den Anschein, als ob man einen Menschen achtete, so lange man ihn gebrauchen kann, hat man ihn ausgenutzt, so wirft man ihn wie eine ausgepreßte Zitrone gleichgültig beiseite, dieselbe Handlungsweise, die man an dem einen lobt, tadelt man an einem andern. Gegenüber dieser heuchlerischen Doppelmoral vertritt die Arbeiterklasse instinktiv eine soziale Moral, die dem Entwicklungsgesetze entspricht. Vom Gesichtspunkte dieser höheren Moral aus wird alles das als moralisch angesehen, was dazu dient, die Menschen vorwärts und aufwärts zu bringen, während alles das, was das Aufsteigen auf eine höhere Stufe wirtschaftlicher, sozialer, geistiger und moralischer Entwicklung hemmt oder hindert, als unmoralisch gilt. Die organisierten Arbeiter, die diesen Aufstieg unter Aufbietung all ihrer Kräfte zu fördern suchen, haben deshalb den wohlbegründeten Anspruch auf den Ehrenlohn moralisch, während die Unorganisierten, die sich wohlfühlen in ihrem Sklaventum, die Bezeichnung unmoralisch vollat verdienen. Man mag also die Sache drehen und wenden, wie man will, so viel steht unwiderleglich fest: ein Arbeiter, der den Weg von dem Koalitionsrecht zur Koalitionspllicht noch nicht gefunden hat, hängt wie ein Bleigewicht an seinen emporstrebenden Kollegen, er ist ein Schädling, dem man im günstigsten Falle mildernde Umstände zubilligen mag. Daß wir ihn als ebenbürtigen, vollgültigen und gleichberechtigten Kollegen betrachten sollen, kann man billigerweise von uns nicht verlangen. Und wenn auch die Scharfmacherpresse vor Wut und Entrüstung schäumt, wir bleiben dabei, daß die Unorganisierten moralisch minderwertige Menschen sind.

Die starke Abneigung der organisierten gegen die unorganisierten Arbeiter äußert sich in neuerer Zeit, seit dem Erstarken der gewerkschaftlichen Organisationen, immer mehr in dem Wunsche, die unsolidarischen Elemente dadurch zu strafen, daß man sie von den besseren Arbeitsplätzen ausschließt. Anders ausgedrückt will das besagen, daß sich die Organisierten weigern, mit den Unorganisierten zusammen zu arbeiten. In England und Amerika ist diese Weigerung gang und gäbe, gewissermaßen ein alter Brauch, der seit Jahrzehnten geübt wird; bei uns in Deutschland machen sich erst Anfänge hiervon bemerkbar, doch läßt sich nicht verkennen, daß eine starke Strömung, die besseren Arbeitsplätze den Unorganisierten zu verschließen, auch bei uns vorhanden ist.

Selbstverständlich bäumen sich die Unternehmer wie gereizte Löwen auf, wenn dies Thema nur berührt wird. Ganz abgesehen davon, daß sie ihre lieben Kinder, die Unorganisierten, nicht missen wollen, erblicken sie in dem Verlangen nach Beteiligung dieser Elemente einen frechen Eingriff in ihr Herrenrecht im allgemeinen. Von jeher pochen sie auf ihr Recht, willkürlich und selbstherrlich darüber zu entscheiden, wen sie in ihrem Betriebe beschäftigen wollen und wen nicht. Aber auch die nicht direkt an der Frage interessierten, die bürgerlichen Sozialpolitiker und Zeitungsmenschen bis in die Reihen der Demokraten hinein, können das Bestreben der organisierten Arbeiter, auf ihren Arbeitsplätzen unter sich bleiben zu wollen, nicht verstehen. Sie sprechen ihnen jegliche Berechtigung ab und bezeichnen es obendrein als eine Herzlosigkeit gegen die eigenen Arbeitsbrüder, als einen gewerkschaftlichen Egoismus, der nach ihrer Meinung sogar nicht davor zurückschreckt, »brave Kollegen und fleißige Familienväter aus der Arbeit herauszudrängen.« Und dann schäumen sie über vor stiller Entrüstung und rufen, teils offen, teils versteckt, nach dem Polizeiknüppel und dem Staatsanwalt.

Eigentlich kann man mit diesem Entrüstungsrummel sehr leicht fertig werden, indem man die Unternehmungskreis ersucht, sich doch einmal gefälligst an ihre eigene Nase zu fassen und dem geneigten Publikum von dem Terrorismus zu erzählen, den die Kapitalisten und die kapitalistischen Organisationen gegen die Außenseiter ausüben. Aber diesen Terrorismus decken sie mit dem Mantel der Liebe zu. Auch davon erzählen sie nichts, daß Behörden und Bürgersleute nach Herzenslust terrorisieren und boykottieren, daß z. B. der deutsche Ärzteverband seinen Mitgliedern verbietet, mit den

unsolidarischen Kollegen gesellschaftlich zu verkehren und beruflich zusammenzuarbeiten. Und da erlauben wir uns die ganz bescheidene Anfrage: Wenn wissenschaftlich gebildete und gesellschaftlich hochstehende Männer ihre unorganisierten Kollegen nach allen Regeln der Kunst boykottieren, um sie für ihre Unkollegialität zu strafen, warum will man es da den schlichten Arbeitern eigentlich verübeln, daß sie peradeso handeln?

## Die Erkrankung des Gemeinwesens.

Während unter der Produktionsweise der mittelalterlichen Zünfte Arbeitsergebnis und Arbeitslohn dasselbe waren, während also dem Handwerker der volle Lohn seiner Arbeit zugute kam, ist es dem produzierenden Teil der modernen Gesellschaft, der Arbeiterschaft, unter der heutigen kapitalistischen Produktionsweise nicht vergönnt, denn vollen Anteil am Arbeitsertrage zu genießen. Der kapitalistische Eigentumsbegriff hat vielmehr das Arbeitsergebnis an den Besitz der Produktionsmittel gebunden, sodaß die besitzlosen Arbeiter, deren durch die wirtschaftliche und technische Entwicklung immer mehr wurden, keinerlei Garantie für den vollen Anteil am Arbeitsertrage mehr in den Händen hatten. Es hing vielmehr ganz von der sozialen Einsicht der Volksgenossen, die sich des Besitzes der Produktionsmittel rühmen konnten, ab, wie sich der Anteil der besitzlosen Klassen am Arbeitsertrage und am Leben, wie sich die Lohn- und Arbeitsbedingungen gestalten. Und eben diese »soziale Einsicht« der Unternehmer und Besitzenden ist nie zur Entfaltung und Entwicklung gekommen; die »soziale Einsicht« wurde vielmehr gänzlich erstickt von der kapitalistischen Profitsucht. Oder aber diese »soziale Einsicht« trat doch vor der Profitsucht stark in den Hintergrund, sodaß bei dem Bestreben der etwas einsichtigeren Unternehmer, eine gerechtere Verteilung des Arbeitsertrages in die Wege zu leiten, nicht mehr als unzulängliche Wohlfahrtsmaßnahmen herauskamen, die zudem die Arbeiterschaft an den einzelnen Betriebe ketten und vom Unternehmerwillen mehr oder weniger abhängig machten. Obendrein haften diesen Wohlfahrtsmaßnahmen der Geruch des Almosens an. Die Wohlfahrtsmaßnahmen wurden auch oft zu dem Zwecke mißbraucht, die Arbeiter mit gegenseitigem Mißtrauen zu erfüllen, einen Keil in die Arbeiterschaft zu treiben und sie so um den letzten Rest des Selbstbestimmungsrechts und der persönlichen Freiheit zu bringen.

Heute aber überwiegt im Unternehmertum die Profitsucht und das Machtbewußtsein alle besseren Regungen, und das kapitalistische Moment der Trennung von Arbeitsergebnis und Arbeitslohn ist in einem so weitgehenden Maße zur Durchführung gekommen, daß, da auch noch die bürgerliche Politik der Zölle und indirekten Steuern, sowie unsere »bewährte Wirtschaftspolitik« als ein Lebensunterhalt verteuerender Umstand hinzukommt, die soziale Lage der Arbeiterbevölkerung mehr als schlecht genannt werden muß. Es haben sich geradezu fürchterliche und schreckend unsoziale Zustände herausgebildet, von denen Sydney und Beatrice Webb in einer Schrift über »das Problem der Armut« unter anderem sagen:

»Wer die Gestalten, Geräusche und Gerüche der Armenviertel kennt, oder wer gar mit den Lebensgeschichten von Familien unterhalb der Armutsgrenze vertraut ist, dem schärft sich der Blick für eine Art moralischer Malaria, deren unheilvoller Einfluß die geistige Lebenskraft untergräbt. Mag hier und da ein moralisches Genie überleben, trauriger geworden, aber ohne Schaden an seiner Seele: die Masse einer jeden Generation erliegt allmählich, während sie inmitten tierischer Gemeinheit heranwächst, dem Stumpfsinn und zynischen Unglauben an alles Bessere. Häufen sich solche Menschengruppen, bilden sie gar buchstäblich abgesonderte Städte der Armen, so bedeutet das eine Erkrankung des Gemeinwesens, dem sie angehören.«

Eine solche Erkrankung des Gemeinwesens ist denn auch in der Tat längst eingetreten, und die Gemeindeverwaltungen Deutschlands suchen sich dagegen zu schützen. Indem sie ein — Auskunfts-wesen über verarmte oder der Verarmung verfallene Familien unterhalten, um den Zuzug dieser Familien nach Möglichkeit fernzuhalten! Doch auch ohne diese soziale Erscheinung von Familien, die vielleicht durch besondere Wechselfälle des Schicksals der Verarmung verfielen, besteht eine weitreichende Verarmung des arbeitenden Volkes, die besonders die Schichten der ungelerten Arbeiter und der Helmarbeiter ergriffen hat. Für diese Volksschichten besteht die Nahrung hauptsächlich in Brot, Fett oder Butterersatz, Kartoffeln und irgend einem Ersatzmittel für Kaffee. Aber auch bei diesen Volksschichten braucht man nicht stehen zu bleiben, um eine weitreichende Verarmung des arbeitenden Volkes zu erkennen. Die Verteuerung des Lebensunterhalts hat die wirtschaftliche Lage aller Arbeiter ganz erheblich verschlechtert; die Aufbesserung der Arbeiter hat damit nicht Schritt gehalten, sodaß die gesamte Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung herabgedrückt worden ist. Dazu ist der Tribut, der von der arbeitenden Bevölkerung den Hausbesitzern entrichtet werden muß, in erschreckender Weise gestiegen. So mußte

denn selbst der Reichskanzler, der im Interesse des Fortbestandes der agrarischen Interessenpolitik die Lage des arbeitenden Volkes eher zu rosig als zu schwarz sieht, vor Jahr und Tag anerkennen, daß die Kluft zwischen den Besitzenden und Nichtbesitzenden sich verbreitert habe. Und vor kurzer Zeit erst mußte das Regierungsorgan, die »Norddeutsche Allgemeine Zeitung«, bei der Besprechung statistischer Erhebungen zugeben, daß von dem größten Teil der Arbeiter der zum Lebensunterhalt einer vierköpfigen Familie erforderliche Jahresverdienst von 1500 Mk. nicht erreicht werde, so daß Frauen und Kinder mitarbeiten müßten. Nun ist es aber klar, daß die sozialen Verhältnisse des Volkes unter solchen Umständen nicht vorteilhaft genannt werden können. Was nützen da dem Volke alle Reformbestrebungen in sozialer und hygienischer Beziehung, wenn es am notwendigsten fehlt, wenn der Verdienst zum Lebensunterhalt nicht ausreicht? So mußte sich denn auch ein sächsischer Gewerbeaufsichtsbeamter über den Nutzen der Wohnungsreform für die Arbeiterbevölkerung dahingehend äußern, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiterfamilien durch diese Bestrebungen eher eine Verschlechterung erfahre, daß es den Arbeiterfrauen an der nötigen Zeit fehle, die Vorteile der besseren Wohnweise auszunutzen, da sie gewerblich tätig sein müßten, und daß die Mittel der Arbeiter vielfach nicht ausreichen, um die Räume mit dem notwendigen Mobiliar zu versehen.

Nun hat durch die fortschreitende Verteuerung des Lebensunterhalts die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterbevölkerung eine erhebliche Verschärfung und Verschlechterung erfahren, sodaß die Lebenshaltung vieler Arbeiterfamilien unter die Armutsgrenze herabgedrückt worden und auch die Erkrankung des Gemeinwesens verschärft worden ist. Daß unter der Arbeiterbevölkerung sich solche grausigen Zustände herausbilden konnten, ist auf die Tendenz des Kapitalismus zurückzuführen, den Arbeitsertrag in der Weise zu verteilen, daß der Arbeiterschaft nur soviel zufällt, als sie zur Wiederherstellung der Arbeitskraft notwendig braucht, daß aber der Kapitalistenklasse der ganze übrige Anteil zufällt, den Unternehmer, Hausbesitzer, Großgrund und Kapitalbesitzer unter sich teilen. Treten nun so anhaltende Teuerungsverhältnisse ein, wie das arbeitende Volk sie jetzt kennen gelernt hat, und sträubt sich das Unternehmertum so hartnäckig, durchgreifende Lohnerhöhungen eintreten zu lassen, so bedeutet das eine weitere Verschlechterung der Lage des arbeitenden Volkes. Der steigende Unmut des Volkes äußert sich naturgemäß in einer wachsenden Anteilung der Ursachen, die zum großen Teil in der agrarischen Wirtschafts- und der kapitalistischen Interessenpolitik zu suchen sind. Es gehört nun aber zu der Bereicherung und Interessenpolitik der besitzenden Klassen, die wirtschaftliche Lage der »ärmeren« Volksschichten stets in einem günstigeren Lichte darzustellen, um sich desto nachdrücklicher und brutaler den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterklasse widersetzen zu können. Natürlich unterstützt die Regierung diese Tendenz der Beschönigung und Vertuschung, und erst kürzlich ließ sich ein Regierungsvertreter im Reichstag in tendenziöser Weise über die wirtschaftliche Lage des Volkes aus. Bei der Erörterung des Geburtenrückganges erklärte der Direktor der Zentralverwaltung im Reichstag:

»Bei der Frage, worauf die Abnahme der Geburtenziffer zurückzuführen ist, sind die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Lebens nicht in Rücksicht zu ziehen, im Gegenteil gibt jeder zu, daß sich der ganze wirtschaftliche Zustand unseres Volkes in den letzten Jahrzehnten in weitem Maße gehoben hat.«

Das kann nun natürlich nicht jeder zugeben. Richtig ist, daß durch die Gewerkschaften so manche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchgeführt worden ist, die nicht nur der organisierten Arbeiterschaft, sondern darüber hinaus auch weiteren Schichten der in Organisationsfragen indifferenten Arbeiterbevölkerung zugute gekommen sind. Der größte Teil der Arbeiterschaft steht aber dem Organisationsgedanken noch fremd, zum Teil direkt feindlich gegenüber, sodaß die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterbevölkerung großen Schwierigkeiten begegnet. Die aus der agrarischen Wirtschaftspolitik herausgewachsene Lebensmittelerhöhung hat aber so vieles von dem Ertragen wieder zunichte gemacht — und doch, unter weichen trostlosen Verhältnissen müßte wohl heute die Arbeiterschaft leben, wenn die Arbeit und die Kämpfe der Gewerkschaften nicht gewesen wären, wenn die Arbeiter ohne den Schutz der Organisation der Willkür der besitzenden und herrschenden Klassen ganz anheimgefallen wären?! Sicherlich hätte die Erkrankung des Gemeinwesens mit Riesenschritten an den Abgrund des Verfalls und des Verderbens geführt. So aber haben die Arbeiterorganisationen die großen Gefahren abgewendet und den Weg gefunden, der aus den unsocialen Zuständen herausführt: den Weg zur Gleichberechtigung in der Nutznießung des Arbeitsertrages, zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Denn nur durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel wird der Arbeitsertrag wieder zum Arbeitslohn, der aber allen Gliedern der Gesellschaft zugute kommen wird. Um zu diesem Ziel zu kommen, sind noch viele Hindernisse aus dem Weg zu räumen; und eines der größten ist die Teilnahmslosigkeit und der Unverstand der Massen.



## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

### Unsere Lehrlingsabteilung und die Arbeiterjugendbewegung.

II.

Ebenso wie die »christlichen Vereine der männlichen Jugend« muß der Jungdeutschlandbund als eine ausgesprochen politische Jugendorganisation angesehen werden, denn es ist seine unleugbare Aufgabe, in der Jugend Begeisterung für Militarismus, Krieg und Monarchie zu erzeugen. Es ist eine Lüge, wenn gesagt wird, daß auf diese Art das körperliche und geistige Wohl der Jugend gefördert werden soll. Daran denkt niemand im Kreise der bürgerlichen »Jugendpfleger«. Es wird sogar mit jedem Tage deutlicher, daß die Jugend von allen diesen Einrichtungen nur körperlichen und geistigen Schaden davonträgt. Auch dafür wollen wir einen Beweis beibringen, den wir unserer »Arbeiterjugend« entnehmen.

So wurde zum Beispiel in *Glauchau* von der dortigen Jugendwehr ein Theaterstück aufgeführt. Der Überschuß dieser Veranstaltung sollte den Kriegsveteranen zukommen. Das Stück, ein vieraktiges Weihnachtsmärchen, war von zwei Realschülern verfaßt worden. Das ist sicher vielversprechend! Die bürgerlichen Blätter des Ortes machten eine gewaltige Reklame für die beiden »Dichter« und ihr »Werk«. Aber nur vor der Aufführung, nur solange sie das Stück selbst nicht kannten. Nachdem die »Dichtung« auf die beklagenswerten Zuhörer niedergelassen war, schrieb das *Glauchauer Tageblatt* am Schlusse seiner Besprechung des Ereignisses: »Ganz hinten im Saale aber stand, tief in Trauer gehüllt und bitterlich schludzend, eine edle Frauengestalt; es war die *dramatische Muse!*« Und auch die *Glauchauer Zeitung* war sehr unzufrieden, sie nannte das Stück ein »Sammelurium von Unmöglichkeiten, das nicht einmal lächerlich wirkt.« Mit der Vorführung solchen Schundes kann natürlich allerlei erzielt werden, nur nicht die Förderung des guten Geschmackes und Kunstverständnisses bei den Zuhörern. In den Mitgliedern der Jugendwehr aber, die zu solchen dichterischen und schauspielerischen Versuchen verleitet werden, entwickelt man nur einen gänzlich unangebrachten Künstlerdünkel, der den jungen Leuten nur zum Nachteil werden kann.

Bekannt ist auch, daß die bei den Kriegsspielen des Jungdeutschlandbundes ausgeführten Schießereien häufig zu schweren, ja zu tödlichen Unfällen geführt haben, so daß sich nicht nur die Teilnehmer an solchen patriotischen Übungen, sondern auch harmlose Spaziergänger, die es sich einfallen lassen, in der Nähe der »spielenden« Jungdeutschen zu lustwandeln, in ständiger Gefahr für Gesundheit und Leben befinden.

Mit diesen Mitteln sucht man allerorts der proletarischen Jugendbewegung Konkurrenz zu machen. Ohne Skrupel zerstört man die Familie, indem man die Kinder von der Seite der Eltern reißt, ihnen eine Weltanschauung beizubringen sucht, die der der Eltern entgegen gesetzt ist. Grausam vernichtet man so die Früchte der elterlichen Erziehung.

Und niemand fällt diesen wahrhaften Jugendverderbern in den Arm. Während die Polizei und die Gerichte die proletarische Jugendbewegung auf Schritt und Tritt verfolgen, die Jugendheime aus nichtigen Anlässen schließen und die Jugendausschüsse belästigen, bleibt jene Gesellschaft nicht nur unbehelligt, sondern erfreut sich der weitestgehenden behördlichen Förderung.

Aber es ist nicht unsere Gewohnheit, über Ungerechtigkeit Klageklagen anzustimmen. Es ist in der Arbeiterbewegung von jeher üblich gewesen, den angebotenen Kampf aufzunehmen und nicht eher zu ruhen, als bis der Sieg unser ist. Und in diesem Kampfe muß auch unsere Lehrlingsabteilung auf ihrem Posten

sein. Wir müssen noch weit mehr vergessen, daß die Abteilung eine Krankenkasse ist, und wir müssen auch die Jugend unseres Berufes dazu erziehen, darauf nicht das Hauptgewicht zu legen. Es ist heute dringend nötig, daß Augenmerk mehr als bisher auf die Verbreitung einer guten Bildung unter unserer Berufsjugend zu richten.

Sollen wir aber nun auch Politik treiben wie die Gegner? Sollen wir auf die »Objektivität« der Anklagebehörde rechnen und annehmen, daß sie dem einen nicht verbieten wird, was sie dem anderen gestattet? Das kann uns natürlich nicht passieren, denn wir kennen diese »Objektivität« und wissen sie zu schätzen. Wir hüten uns, ein Opfer dieser Objektivität zu werden. Darum werden wir nach wie vor die Politik aus unseren Zusammenkünften streng fernhalten. Wir haben es auch gar nicht nötig, Politik zu treiben. Die Politik ist der sichtbare Ausdruck der Kämpfe zwischen den Gesellschaftsklassen, die wohl innerhalb bestimmter, historisch gewordener Grenzen zusammenleben, aber infolge ihrer unterschiedlichen Stellung im Produktionsprozeß gegensätzliche Interessen haben. Wer diese Kämpfe verstehen will, muß die Entstehung und Entwicklung der Gesellschaftsklassen kennen und sich über ihre Stellung innerhalb der Produktionsordnung klar sein. Zu diesem Ende ist es nötig, Geschichte und Nationalökonomie zu treiben, und zwar mit einiger Gründlichkeit. Und auf diese Wissensgebiete ist auch das Hauptgewicht bei der Verbreitung wissenschaftlicher Bildung unter der Arbeiterjugend zu legen. Das bedeutet, sie auf eine gute Art, die auch die objektivste Anklagebehörde nicht beanstanden kann, auf die Politik vorzubereiten. Und das genügt! Aber es ist auch dringendes Erfordernis.

Daneben haben wir natürlich für die Vermittlung einer guten Allgemeinbildung und für die Pflege der Fachbildung zu sorgen. Als weitere Aufgabe ist die Bekämpfung der Schundliteratur zu nennen. Neben anderen Mitteln zu diesem Zweck erwähnen wir hier nur gute Jugendbibliotheken. Unsere Berliner Lehrlingsabteilung hat mit einer kleinen Jugendbücherei einen Versuch in dieser Richtung gemacht. Im 3. Quartal 1909 machte sie mit 19 Bänden den Anfang und brachte die Bibliothek bis Ende 1911 auf 124 Bände. Das Material an Ausleihzetteln, das sich in diesen 2 1/2 Jahren angesammelt hatte, ist jüngst statistisch bearbeitet worden. Diese Arbeit hat ergeben, daß von unseren Lehrlingen in dieser Zeit 913 Bücher der Jugendbücherei und daneben 634 Bücher der Verbandsbücherei entnommen worden sind, also insgesamt 1547 Bände. Weitere Zahlen aus der Statistik wurden in der »Gr. Jugend« mitgeteilt.

In diesem Zusammenhange verdienen auch Erwähnungen der Erhöhung, die in den letzten Jahren unserem Berufsleben den Stempel aufgedrückt haben. Wir meinen die Rückwärtsbewegung des Lithographieberufes und des Lichtdruckes, die teils auf verlorene Absatzmöglichkeiten, teils auf technische Umwälzungen zurückzuführen ist. Diese Umwälzungen haben eine große Arbeitslosigkeit und damit eine Schwächung der Kampfstellung dieser Arbeitergruppen im Gefolge. Zu beachten ist besonders, daß die ungünstige Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist. In dieser Lage ist es besonders nötig, daß wir des beruflichen Nachwuchses sicher sind. Solche Situationen erfordern aber nicht nur eine geschlossene Organisation, sondern auch Kämpfer mit festem Willen und klarem Blick. Auch das ist bei der wissenschaftlichen Fortbildung unserer Lehrlinge zu beachten.

Wollen wir diese Arbeit leisten, dann sind dazu Mittel an Geld und an Kräften nötig. Bei uns ist es nun aber so, daß Geld für die Zwecke der Lehrlingsabteilung eigentlich überhaupt nicht vorhanden ist. Von den Einnahmen der Abteilung wird die Krankenunterstützung gezahlt. Andere Mittel oder Fonds

stehen aber der Lehrlingsabteilung nicht zur Verfügung. Sie muß so notdürftig durchgeschleppt werden, und jedes Markstück, das für sie in den Orten ausgegeben wird, wird vorher mehrmals umgedreht. Der Hauptvorstand verlangt sein Geld von den Ortsverwaltungen und wenn ihm einmal die Ausgaben für örtliche Zwecke zu hoch erscheinen, dann erhebt er mahnend den Finger und raunt: Sparen, sparen! Uns scheint es überhaupt, als wenn das Interesse unseres Hauptvorstandes an der Lehrlingsabteilung mit dem Einnehmen der Beiträge, dem Auszahlen der Unterstützung und dem Ziehen der Bilanz erschöpft wäre. Der Schreiber dieser Zeilen hat zwar nicht die Ehre, auf den Bänken des Hauptvorstandes zu sitzen, aber er verbringt seine Tage seit Jahren in unmittelbarer Nähe des Hauptvorstandes. Trotz angestrengtester Aufmerksamkeit hat er aber niemals vernommen, daß der Hauptvorstand einmal die Frage erörtert hätte, was wohl in seiner Lehrlingsabteilung zu tun und zu lassen sei, geschweige denn, daß er den Leitern der örtlichen Abteilungen einmal einige Fingerzeige gegeben hätte. Wie mit dem Gelde, so spart er auch mit seiner Weisheit. Leider mit beiden am unrechten Fleck, und diese Art des Sparens ist bekanntlich eine sehr schlechte Ökonomie.

Und wie es oben ist, so ist es unten. Auch in den Kreisen der Kollegenschaft weiß man von der Lehrlingsabteilung wenig oder nichts, höchstens weiß man, daß sie existiert. Auch hier muß das Interesse ein regeres werden. Jeder Kollege, der Anspruch darauf erheben will, Verständnis für die Notwendigkeiten und die Ziele unseres Organisationslebens zu besitzen, muß ein nimmermüder Agitator für die Lehrlingsabteilung werden. Hoffentlich gelangen wir in den nächsten fünf Jahren an dieses Ziel.

Richard Seidel.

### Von der Walze.

Brief einiger durchreisenden Kollegen aus Gehren (Thüringen).

Werte Redaktion! Da wir auf unsere öfteren Arbeitsgesuche zwar einige billige Angebote erhielten, aber das am Schlusse unseres Briefes in Nr. 9 der »Gr. Pr.« ausgesprochene Prinzip: »Für gleiche Arbeiten überall den gleichen Lohn!« hochhalten und nicht zu Lohnrückern werden wollen, so setzten wir unsere Reise auf dem Rennsteig fort. Befanden wir uns doch auch bei schönem Wetter in schöner Gegend!

Wir wanderten über Spechtsbrunn, Ernstthal, Igelshieb und Neuhaus am Rennsteig, alles arme Thüringerwaldorte, die Glasperlenfabrikation betreiben; auch Grifflerbrüche trafen wir unterwegs an. Das Großartigste aber, was wir sahen, war die im Bau begriffene Gebirgsbahn von der Station Bock-Wallendorf nach Lauscha über den Rennsteig. Nach ihrer Fertigstellung dürfte dies die interessanteste Bahn Thüringens werden; die ganze Bahnanlage ist wirklich sehenswert! Einen wunderbaren Ausblick hatten wir bei Igelshieb und Neustadt am Rennsteig. Wir kamen auch an einem »Dreiherrnstein« vorbei, der wohl ein Zeichen ist, daß hier dreier Herren Länder aneinander grenzen; für Thüringen keine Seltenheit! Von den vielen und hohen Steuern, die diese Kleinstaaterei zur Folge hat, spüren wir Durchreisende gütlichlicherweise ebenso wenig etwas wie die Touristen oder Sommerfrischler.

Weiter ging es nun über Limbach, wo der Erfinder des Thüringer Porzellans, Gotthelf Greiner, lebte, dessen Familie sich auch um die Glasindustrie verdient machte, also auch indirekt um unsere keramische Lithographie und Steindruckerei. Der Thüringerwald besitzt ja in Deutschland die meisten Porzellanfabriken.

Über die Friedrichshöhe wanderten wir nun wieder an einem »Dreiherrnstein« vorbei nach Kahlerl und Neustadt am Rennsteig, auch »Schwamm-Neustadt« genannt. Hier vernahmen wir, daß, wenn wir talwärts gingen oder auch mit der Bahn führen, wir nach »Amt Gehren« oder Gehren in Thüringen kämen, wo sich zwei lithographische Anstalten mit Druckereien befänden, deren eine sogar den Titel »Hoflithographie, Stein- und Buchdruckerei« führe. Selbstverständlich reizte uns dies wieder ganz besonders; hatten wir hier doch Betriebe, in denen nur graphische Arbeiter in Frage kommen.

Nach längerer Wanderung kamen wir in dem reizenden Bergstädtchen an, wo wir uns nach den Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegen erkundigten, die hier ihr Dasein fristen. Was wir aber da wieder zu hören bekamen, nahm uns gleich jede Poesie des Thüringer Waldes. Lange Arbeitszeit und nur teilweise zeitgemäße Löhne sind in der großen, wie in der kleineren graphischen Kunstanstalt noch gang und gäbe. Dabei soll die

Hofflithographie in der Druckerei sogar Arbeiten für Berlin herstellen. Was mag also wohl die Ursache sein, daß in einem solchen Geschäft noch keine moderne Arbeitszeit ist und auch teilweise noch sehr bescheidene Löhne anzutreffen sind?

Wir ließen uns erzählen, daß in dem nicht weit von hier liegenden, noch reizenderen Bergstädtchen Ilmenau, von dem Goethe dichtete: »Anmutig Tal! Du immergrüner Hain! Mein Herz begrüßt euch wieder auf das Beste!« die Konkurrenz Gehrens sein soll. In Ilmenau beruft man sich auf die Gehrener und umkehrt in Gehren auf die Ilmenauer Konkurrenz! Zum Teufel! dachten wir, wenn alle Kollegen organisiert wären, müßte sofort die beiderseitige angebliche »Schmutzkonzurrenz« aufhören und eine zeitgemäße Arbeitszeit und Entlohnung in Gehren in Thüringen und in Ilmenau einziehen!

Wie wir weiter hörten, sollen auch die Reinlichkeitsverhältnisse in der Gehrener Hofkunstanstalt manches zu wünschen übrig lassen. Auch sollen Garderobräume fehlen. Besonders läßt aber die Lehrlingsausbildung zu wünschen übrig. So mancher, der als Steindruckler lernen soll, wird mit anderen Dingen beschäftigt, und man braucht sich also gar nicht zu wundern, wenn Leute in dieser Gegend herumlaufen, die zwar vier Jahre den Beruf »gelernt« haben, aber ihn dann später nicht richtig ausführen können. Ebenso soll es mit der Lithographen-Ausbildung sein. Wir haben da ganz eigenförmige Dinge hören müssen.

Aber letzten Endes liegt es immer nur an den Kollegen selbst, wenn noch rückständige Verhältnisse bestehen. Die Organisation, der Verband, sorgt für Abhilfe. Er bietet aber den Kollegen noch mehr, und gerade wir jungen arbeitslosen Kollegen haben das schon am eigenen Leib empfunden.

Mit kollegialen Grüßen Ihr »Jungvolk«

## Ortsberichte.

**Lübeck.** In unserer sehr gut besuchten Versammlung vom 1. März sprach Kollege Schnetter aus Hannover über die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der graphischen Organisationen. Seine Ausführungen waren klar, sachlich und feingliedrig. Scharf wandte er sich gegen jene Kollegen, die wegen des unbefriedigenden Ausgangs unsers letzten großen Kampfes im Gewerbe an der Möglichkeit eines weiteren erfolgreichen Vordringens unsrer Bewegung zweifeln. Durch das schnelle Anwachsen der Unternehmerorganisation seien wir zwar in eine ungünstige Kampfstellung gedrängt worden. Wenn wir aber einmütig zusammenstünden und unsere Organisation den veränderten Verhältnissen entsprechend ausgestalteten, würde es uns gar bald gelingen, das schutzverbänderische Unternehmertum wieder in seine Schranken zurückzuweisen. Unser letzter Kampf habe gelehrt, daß die Zeit vorbei sei, wo sich die graphischen Arbeiter erlauben dürften, ihre Kräfte durch eine organisatorische Zersplitterung zu verzetteln. Gegen unser organisiertes Unternehmertum sei heute nur noch durch ein gemeinsames Vorgehen aller graphischen Arbeiter etwas auszurichten. Eine Gewähr für ein gemeinsames Handeln der graphischen Arbeiter könne nur durch einen engeren organisatorischen Zusammenschluß der graphischen Verbände geboten werden. Die Praxis habe gelehrt, daß mit der bloßen Kartellidee nicht auszukommen sei. Schon durch die Entwicklung der Technik habe sich die Vereinigung aller graphischen Arbeiter in einer Organisation nötig gemacht. Die verschiedenen graphischen Branchen könnten heute nicht mehr überall scharf voneinander getrennt werden. Der Arbeitsprozeß der einen Branche greife oft weit in den der andern ein und die Arbeit der einen könne vielfach auch von der der anderen ersetzt werden. Dieser Umstand komme unsern Unternehmern sehr zu statten. Sie könnten darum, weil es ihnen möglich sei, im Notfall eine neue Technik durch die andere zu ersetzen, jede einzelne Branche, falls sie gesondert vorgeht, stets mit Hilfe der Arbeit der übrigen, nicht kämpfenden Branchen überwinden. Diese Erfahrungstatsache lehre uns, daß es nicht mehr angehe, daß jede einzelne graphische Branche auf eigene Faust Gewerkschaftspolitik treibe. Die Notwendigkeit, die verschiedenen graphischen Branchen in einem Verbands zu vereinen, habe man schon vor 21 Jahren erkannt. Auf dem ersten Kongreß der Gewerkschaften in Halberstadt sei ein Spezialkongreß der graphischen Gewerkschaften zusammengetreten. Dort habe man folgende Resolution angenommen: »Die am 16. März 1892 zu Halberstadt versammelten Vertreter der graphischen Berufe verpflichten sich, in ihren Organisationen dahin zu wirken, daß als erster Schritt eines engeren Zusammenwirkens ein gleichmäßiger Beitrag an eine gemeinsame Kasse entrichtet wird, aus welcher in noch besonders zu bestimmenden Fällen und Modalitäten Mittel zu Förderung der gemeinsamen Interessen an die dem Kartell angehörenden Organisationen zu gewähren sind. Die Grundzüge einer engeren Verschmelzung sind von den einzelnen Generalversammlungen festzusetzen. Deren Wirklichkeit bleibt einer späteren Beratung der kartellierten Organisationen vorbehalten.« Durch besondere Umstände, die der Vortragende eingehend schilderte, sei dieser Beschluß nicht zur

Ausführung gekommen. Die Durchführung dessen, was schon vor 21 Jahren beschlossen worden sei, könne heute infolge der Entwicklung der Technik und des Standes der Unternehmerverbände nicht mehr umgangen werden. Den Gegnern des Zusammenschlusses müßte nachgewiesen werden, daß ihre Einwände samt und sonders hinfällig seien. Aus diesem Grunde sei die Haltung der »Graphischen Presse« falsch, daß eine Diskussion des Hannoverischen Vorschlages solange aussichtslos und nicht zum Vorteile sei, als nicht alle Verbände im graphischen Gewerbe für den Zusammenschluß in einer Industrieorganisation zu haben sind. Wenn man ein Ziel erreichen wolle, müsse man dafür arbeiten. Durch Schweigen und Tatlosigkeit könne niemals ein Werk entstehen. Wollte jeder so handeln, wie die »Bundbinderzeitung« und die »Graphische Presse«, die die Frage an sich herankommen lassen wollen, dann ständen wir in hundert Jahren in dieser Frage noch auf demselben Fleck. Weil es aber notwendig sei, daß eine engere Verbindung der graphischen Verbände bald zustande komme, darum müßten jetzt die Massen in dieser Sache die Führung ergreifen. — In der Aussprache über den Vortrag äußerte sich jeder Sprecher zustimmend. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: »Die Versammlung der Lübecker Mitglieder des Verbandes der Lithographen, Steindruckler und verw. Berufe erkennt, daß gegenüber den riesig anwachsenden Unternehmerverbänden die Arbeiter nur dann noch die Möglichkeit haben, ihre Forderungen durchzusetzen, wenn sie alle Kräfte zur Organisation heranziehen, und ihre Organisationen zu mächtvollen Industrieverbänden ausbauen. Wie notwendig ein solches Vorgehen für die Arbeiter ist, das beweist der wenig befriedigende Ausgang des letzten großen Kampfes im Steindruckgewerbe, der in der Hauptsache durch die organisatorische Zersplitterung der graphischen Arbeiter verschuldet worden ist. Die Versammlung begrüßt es daher mit Genugtuung, daß die Hannoverischen Kollegen durch einen praktischen Vorschlag den Gedanken der Gründung eines Industrieverbandes im graphischen Gewerbe neu belebt und seiner Verwirklichung ein gutes Stück näher gebracht haben. Sie schließt sich dem Vorgehen der Hannoverischen Kollegen an und fordert ebenfalls die graphischen Arbeiter im allgemeinen und die Verbandsmitglieder im besonderen auf, für die Gründung eines Graphischen Bundes auf föderativer Grundlage mit allen Kräften zu wirken.« Unter Verschiedenem äußerten sich mehrere Kollegen zu der Stellungnahme der Hannoverischen Kollegen zur Frage des Merkblattes und der reklamehaften Veröffentlichung ausführlicher Notizen über Firmentarife und sonstige Lohnvergebnisse in Tagesblättern. Diese Stellungnahme wurde einmütig gutgeheißen. Man sagte, daß diese Veröffentlichungen schon lange in Lübeck Argernis bei den Kollegen erregt hätten. Wie schädlich diese Veröffentlichungen schon gewirkt hätten, dafür wurden besonders vom Vorsitzenden einige krasse Fälle angeführt. Mit großem Unmute äußerte man sich über die Aufgabe des Rechtes, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, welche Aussichten sich den zuströmenden Arbeitskräften in unsern Berufe bieten. Über die Erklärung in der »Graphischen Presse«, daß man deshalb dem Merkblatt zugestimmt habe, um überhaupt die gemeinsame Aufklärung der Öffentlichkeit durch die Unternehmer- und Gehilfenorganisation zu ermöglichen, müsse man staunen. Eine solche gemeinsame Aufklärung sei ein Widerspruch, denn nirgends stießen die Interessengruppen schärfer aufeinander als auf diesem Gebiete. Es sei nicht zu bestreiten, daß man obendrein noch die Vereinbarungen der Verbreitung des Merkblattes an Stelle unserer Lehrlingsbrochüre als einen Erfolg für uns dargestellt hat. In der »Graphischen Presse« sei klar und deutlich gesagt worden, daß das Merkblatt, da es von den Unternehmern und den Gehilfen gemeinsam herausgegeben und gezeichnet wird, größere Beachtung finden und von den Interessenten mehr gewürdigt würde, als die nur von einer Partei herausgegebenen Aufklärungsschriften. Mit diesen Worten sei doch gesagt, daß die Abgabe des vom Schutzverbände gutgeheißenen und unterzeichneten Merkblattes an Stelle unserer Aufklärungsschrift über das Lehrlingswesen eine große Errungenschaft für uns bedeute. Der Resolution der Hannoverischen Kollegen in dieser Sache wurde einstimmig beigestimmt. (Anmerkung der Redaktion: Wer aus unserer Einschätzung des Merkblattes herausliest, daß wir es als eine »große Errungenschaft« betrachten, kann unsere diesbezüglichen Ausführungen nur mit Hilfe eines Vergrößerungsglases gelesen haben; er würde dann derselben Vergrößerungssucht zum Opfer gefallen sein, deren wir uns schuldig gemacht haben sollen. — Da in unserer Organisation, wie wir in Nr. 8. gezeigt haben, die Meinungen über den Wert eines festeren Zusammenschlusses der graphischen Verbände durchaus geklärt sind, haben wir keine Veranlassung, von unserer Stellungnahme zu der Angelegenheit abzugehen. Eine weitere Diskussion der Sache in unserem Organ würde nur dann motiviert sein, wenn sich in unseren Reihen irgendwelche Gegnerschaft bemerkbar gemacht hätte.)

## Der Steindruckler.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

### Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Berliner Steindruckereien.

Seit dem Jahre 1908 nimmt die Berliner Filiale der Steindruckler alljährlich im Herbst, also zu einer Zeit, die zwischen der allgemeinen Geschäftsflaute des Sommers und der starken Beschäftigungsperiode der Weihnachtszeit liegt, eine statistische Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Berliner Steindruckereien vor. Zwischen der letzten, die im vorigen Oktober stattfand, und der vorletzten liegt allerdings ein Zeitraum von 2 Jahren, weil infolge der vom Hauptvorstand im Jahre 1911 aufgenommenen Umfrage die Ortsstatistik ausfiel. Vom Standpunkte des Vergleichens der vorhandenen Zahlen ist das sehr bedauerlich; denn die Ortsstatistik beschäftigt sich mit wesentlich mehr Fragen als die Hauptvorstandsstatistik. Während, um nur eine Position zu zeigen, die Fragebogen unserer Zentrale außer Maschinenmeistern und Andruckern nur Um- und Fortdrucker kennt, hat der Fragebogen für Berlin Rubriken für Aufsteiger, Durchzieher, Fertigmacher, Abdruckmacher, Originalumdrucker, selbständige Umdrucker für Stein, Zink usw., Fortdrucker, Um- und Fortdrucker, Pantographen. Man sieht, die Umfrage wird sehr spezialisiert vorgenommen. Sie ist direkt für die Berliner Verhältnisse zugeschnitten. Ein anderes Moment, das hervorgehoben werden muß, ist, daß Wert darauf gelegt wird, die Fragebogen alle an einem bestimmten Tage ausfüllen zu lassen. Damit hat es bisher immer gehapert. Dieses Mal bekam jeder Vertrauensmann oder wer sonst für das Ausfüllen des Bogens in Frage kam zu gleicher Zeit auch ein Frankokouvert mitgeschickt, und siehe da, innerhalb weniger Tage befanden sich sämtliche ausgegebenen Formulare ausgefüllt wieder in den Händen der Verwaltung. Dadurch, daß dieses Mal alles klappte, konnte noch ein weiteres Günstiges für die Statistik getan werden, nämlich es ließen sich an dem betreffenden Tage auch die Zahlen der gemeldeten arbeitslosen und kranken Kollegen feststellen.

Das Ergebnis der Statistik erstreckt sich auf 138 Firmen, in denen 1128 Steindruckergehilfen und 156 Lehrlinge beschäftigt sind. Die Firmen teilen sich ein in 34 Chromodruckerereien, 45 Merkantildruckerereien, 34 Anstalten für Chromo und Merkantill, 2 Lichtpausateller, 1 Notendrucker, 6 Blechdruckerereien, 5 Stoffdruckerereien, 1 keramische Anstalt und 10 verschiedene Betriebe, wie Privatandruckerereien, Versicherungsgesellschaften u. a. In allen Firmen zusammen wurden an Maschinen gezählt: 28 Rotarys, 494 Flachdruckmaschinen, 772 Handpressen, 92 Durchziehpresen, 49 Bronzermaschinen und 2 Pudermaschinen für keramische Arbeiten.

Von den vorhandenen Gehilfen gehören 891 unserm Verband als Mitglieder an. Das Organisationsverhältnis hat sich gegen die letzte Zählung verschlechtert. Jedoch sind von den restierenden 237 Unorganisierten nur ungefähr 80—90 laut Ausweis des letzten Jahresberichts für unsere Organisation zu gewinnen; die übrigen sind teils Betriebsleiter, teils bewußte Gelbe. Bei einer Mitgliederzahl von 1180 Kollegen waren am Zählungstage krank: 35, arbeitslos: 91, außer Beruf tätig: 38, mithin machen die 891 von der Statistik erfaßten Kollegen 97 Proz. unserer Verbandsmitglieder aus.

Die Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze betrug 1376. Davon waren 1128 durch Gehilfen und 100 durch Lehrlinge besetzt; 146 Plätze standen frei. Der Zahl der freien Arbeitsplätze darf man nun nicht nur die bei uns gemeldeten Kranken und Arbeitslosen gegenüberstellen, sondern es müssen auch dabei die Lehrlinge verrechnet werden, die noch nicht einen Arbeitsplatz selbständig einnehmen. Ergibt diese Gegenüberstellung schon jetzt einen absoluten Überschuß an vorhandenen Arbeitskräften überhaupt, so wird dieses Plus noch größer durch die Zahl der jährlich neu eingestellten Lehrlinge und die kranken und arbeitslosen Steindruckler, die der gegnerischen Organisation angehören und für uns außer Kontrolle sind. Außerdem sind ja selbst in der besten Arbeitsperiode nie alle Plätze besetzt. Die Zahl der leerstehenden Arbeitsplätze betrug im Jahre 1910 8 1/2 Proz. und 1912 10 1/4 Proz.

Die Arbeitszeit betrug im Durchschnitt für alle Firmen 52 Stunden 23 Minuten wöchentlich. Sie war in 1 Firma: 57 Std., 1: 55 1/2, 1: 54 1/2, 16: 54, 2: 53 1/4, 14: 53 1/2, 1: 53 1/4, 53: 53, 6: 52 1/2, 11: 52, 3: 51 1/4, 14: 51, 3: 50 1/2, 1: 50, 1: 49 1/2, 5: 48, 3: 47, 1: 46 und in 1 Firma 45 Stunden. Im Jahre 1908 betrug die Arbeitszeit durchschnittlich 53 Std. 11 Min., 1909: 52 Std. 54 Min., 1911: 52 Std. 33 Min., 1912: 52 Std. 23 Min.

Der Arbeitslohn nach beendeter Lehrzeit betrug in 38 Firmen 24 Mark. 13 Firmen zahlten weniger, 2 Geschäfte gaben einen höheren Lohnsatz. Am niedrigsten wurden 18 Mk., am höchsten 27 Mark genannt.

Von einem Lohnzuschlag bei Bronzedruck wurde aus 27 Firmen berichtet. Die Art der Entschädigung ist in fast allen diesen Geschäften verschieden. Als

höchster Satz ist die Bezahlung von 2 Überstunden, als niedrigster ist 20 Pfg. pro tausend Druck aufgeführt. Trotz der farnosen Schutzverbandspraxis, für Bronzedruck überhaupt keine Extrabezahlung mehr zu leisten, ist die Zahl der für diese Arbeit entschädigenden Firmen gegen früher gestiegen.

Bestimmte Tagesleistungen an Flachdruckmaschinen wurden wie folgt verlangt: 3000 Druck in 2 Firmen, 3100—4100 in 1, 3000—5000 in 2, 3200—3900 in 1, 3300—3500 in 1, 3400 in 1, 3500 in 2, 3600—3800 in 1, 3600—4000 in 1, 3500—5000 in 1, 3800 in 1, 4000 in 6, 4000—5000 in 2, 4100 in 1, 4200 in 1 Firma; aus einer Firma lag keine Angabe vor und eine Blechdruckfirma verlangte 8000 Druck pro Woche. Hier ist eine Verschlechterung des früheren Zustandes eingetreten. Während in der Statistik von 1910 als Höchstleistung gemeldet war, daß nur 2 Firmen über 4000 Druck verlangten, sind in der neuesten Erhebung gleich 6 Firmen verzeichnet, in denen bis zu 5000 Druck pro Tag geschafft werden sollen. Das ist in der Tat in die Augen springend. Die kleine Tabelle weiter unten mag die gesteigerte Arbeitsleistung an den Maschinen treffend illustrieren. Leider ist kein Mittel vorhanden, um auch die Leistungen der an der Handpresse tätigen Kollegen zahlenmäßig zu erfassen. Hier kann nur nach Mutmaßungen geurteilt werden. Doch wenn dabei die Erfahrungen zu Grunde gelegt werden, die die Verwaltung in unzähligen Geschäftsversammlungen gesammelt hat, so muß auch für Umdrucker, Andrucker usw. eine erhebliche Steigerung des Arbeitsquantums festgestellt werden.

Eine Prämienzahlung für Maschinenleistung wurde aus 17 Firmen gemeldet; die Art der Bezahlung wird in jedem Geschäft anders gehandhabt. Außerdem gab 1 Firma an sämtliche Maschinenmeister und Umdrucker eine monatliche Extravergütung, und ein anderes Geschäft zahlte beim Abschluß der Jahresbilanz an alle Drucker eine Summe Geldes, die von der Höhe des Geschäftserfolgs abhängig ist.

Die Zahl der Firmen, die für die Drucker Ferien bewilligten, ist gegen die Vorjahre gestiegen. Im Jahre 1910 erhielten in 19 Geschäften 123 Kollegen Ferien, 1912 waren es 38 Firmen mit 201 Kollegen. Die Dauer der freien Zeit schwankte zwischen 3 bis 14 Tagen.

Wachzeiten vor Geschäftsschluß bestanden in 77 Firmen. Die geringste Zeit hierfür war 5, die höchste 15 Minuten.

Unfälle wurden aus 9 Firmen berichtet, und zwar: Verletzen eines Fingers durch Quetschen 3 mal, Verletzen einer Hand durch Quetschen 1 mal, Verletzen eines Fingers durch Scheidewasser 1 mal, Bruch durch Stoßen mit der Maschine 1 mal, Bruch des Mittelfußes 1 mal, Oberschenkelbruch und Quetschung der Rippen 1 mal.

Sehr zahlreich sind die Klagen über Mißstände aller Art. Sie betrafen in 2 Fällen schlechtes Licht, 3 mal wenig Raum, 6 mal schlechtes Material, 5 mal schlechte Garderobe, 1 mal Fehlen jeglicher Schutzvorrichtung an den Maschinen, 4 mal Behandlung, 3 mal schlechte Heizung, Fußboden und Klosett, 10 mal Ventilation, 7 mal Sauberkeit, 3 mal Arbeitsräume überhaupt.

Beim Berechnen der Durchschnittslöhne sind die Lohnangaben von 400 Maschinenmeistern, 550 Umdruckern und 92 Andruckern, insgesamt 1042 Kollegen berücksichtigt worden. Ausgeschieden sind die Angaben von 32 Druckern, die in Akkord beschäftigt waren, sowie die durch einen Vermerk auf den Fragebogen bezeichneten Betriebsleiter, die ja ihren Lohn, der überall höher ist, ihrer leitenden Tätigkeit als Obermaschinenmeister, erster Umdrucker usw. verdanken. Ebenfalls sind nicht verrechnet worden die Mehrverdienste durch Überstundenarbeit und Prämienzuschlag. Es sind nur reine Wochenlöhne verarbeitet worden. Der Wochenlohn war im Durchschnitt für Maschinenmeister 35,18 Mk., Aufsteher 34,17 Mk., Fertigmacher 32,52 Mk., Durchzieher 31,08 Mk., Abdruckmacher 28,65 Mk., selbständige Umdrucker 34,61 Mk., Originalumdrucker 30,50 Mk., Fortdrucker 31,10 Mk., Um- und Fortdrucker 32,51 Mk., Pantographen 35,39 Mk., Umdrucker insgesamt 32,12 Mk., Andrucker 32,42 Mk. Der Durchschnittslohn überhaupt betrug 33,31 Mk. Folgende kleine Zusammenstellung gibt eine Übersicht der Lohnverhältnisse seit 1908. Dabei soll auch die Tagesleistung an den Maschinen bedacht werden. Die Aufstellung ist so gemacht, daß der Zustand von 1908 mit der Zahl 100 festgestellt wurde. Die entsprechenden Zahlen der folgenden Jahre zeigen dann, sofern sie höher als 100 sind, ein Steigen, und wenn sie niedriger sind, ein Sinken an.

	1908	1909	1910	1912
Tägliche Leistung der Maschine	100	103	103	113
Durchschnittslohn an Maschine	100	99 <sup>7/10</sup>	106 <sup>9/10</sup>	101 <sup>7/10</sup>
Durchschnittslohn überhaupt	100	98	—	104
Von allen Beteiligten war der Wochenlohn bis zu 30 Mk.	43%	42%	—	31%

Zu erkennen ist, daß zwar die Löhne gestiegen sind, daß aber das Arbeitsquantum der Maschinen in weit höherem Maße hinaufgedrückt wurde; man vergleiche nur die Zahlen von 1910 und 1912. Auch die Zahl der niedrigen Löhne unter 30 Mk. hat sich verringert. Aber wie das Schema zeigt, ist der erhöhte Durchschnittslohn auf Steigern der

unteren Löhne zurückzuführen, die Wochenverdienste über 30 Mark haben eine entsprechende Aufbesserung nicht erfahren.

Das Gesamtbild der vorliegenden Statistik zeigt der Berliner Kollegenschaft, welche eine große und wichtige Aufgabe ihrer haft! Gewiß mögen die Verhältnisse in Berlin zum Teil günstiger erscheinen, als sie in anderen deutschen Druckorten sind, besonders was die Entlohnung anbelangt. Dabei muß aber, um nur eines zu erwähnen, bedacht werden, daß die Mieten hier viel teurer sind, und daß als notwendige Ausgabe wöchentliches Fahrgeld von und nach der Arbeitsstelle geleistet werden muß. Wir haben so manchen Kollegen kennen gelernt, der, nachdem er bei der von Jahr zu Jahr sich steigenden Arbeitslosenziffer eine Stellung nachgewiesen bekam, doch wieder froh war, wenn er Berlin wieder verlassen konnte. Jedenfalls sollte jeder einzelne Kollege in Berlin sich verpflichtet fühlen, an der Besserung seiner Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitzuarbeiten. Es liegt in der Tat hier vieles noch im Argen.

## Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher und -Drucker.

### Aus den Sektionen.

**Berlin (Chemigr.).** Unsere Märzversammlung befaßte sich mit den bevorstehenden Tarifverhandlungen. Als Referent war Kollege Köhler aus Leipzig erschienen. Das Thema lautete: »Die Entwicklung der Tarifverträge unter Berücksichtigung des Chemigraphentariers.« Ausgehend von der geschichtlichen Entwicklung der Tarifverträge, ihre Bedeutung in der Rechtspflege streifend, wo ihnen mehr Geltung verschafft werden muß, schilderte der Referent den Werdegang des Chemigraphentariers. In der ersten Tarifperiode sei es verhältnismäßig ruhig zugegangen; die zweite Periode hat aber mehrfach Differenzen ergeben. Auf einige dieser Differenzen näher eingehend, sprach er zum Schluß den Wunsch aus, daß es angebracht sei, das Tarifverhältnis wieder zu erneuern unter Berücksichtigung einiger Änderungen, so einer allgemeinen Lohnerhöhung und einer Regelung der Ferienfrage in dem Sinne, daß alle Kollegen etwas davon haben. In der Diskussion schloß man sich den Ausführungen des Referenten an. In seinem Schlußwort forderte er die Kollegen zu reger Mitarbeit auf. Die Aprilversammlung wird sich mit der Stellung von Anträgen zur Tarifrevision beschäftigen.

**Braunschweig (Chemigr.).** Unsere letzte Versammlung befaßte sich eingehend mit dem Ablauf unseres Tarifes bzw. mit seiner eventuellen Erneuerung. Der Vorsitzende, Kollege Mittendorf, behandelte sehr ausführlich den Verlauf unserer Tarifperioden, erläuterte auf Grund der in dieser Zeit gemachten Erfahrungen die Vorteile wie auch die Nachteile unseres Tarifes, und präziserte dabei im besonderen unsere Stellung zu der viel und heiß umstrittenen Frage der Preiskonvention. Er resümierte am Schlusse seine Ausführungen dahin, daß es wohl im Interesse des Berufs sowie der beiderseitigen Tarifkontrahenten liege, wenn unser Tarif auf derselben Grundlage, jedoch unter Berücksichtigung der sich durch die Entwicklung notwendig machenden Veränderungen erneuert würde; besonders sei die Ferienfrage zu regeln sowie eine der allgemeinen Lebensmittelerzeugnisse entsprechende Lohnzulage durchzuführen. Die sehr lebhaft geführte Debatte bewegte sich im allgemeinen in demselben Sinne. Nachstehende Resolution wurde darauf von der äußerst stark besuchten Versammlung einstimmig angenommen: »Die Dienstag, den 18. März in Restaurant Mowitt tagende Chemigraphen-Versammlung der Zahlstelle Braunschweig sieht in unserer Tarifgemeinschaft die beste Gewähr für eine ruhige Fortentwicklung unseres Berufes und erklärt sich daher mit der Erneuerung unseres Tarifes unter Berücksichtigung berechtigter Wünsche einverstanden.«

**Erfurt (Chemigr.).** In unserer Monatsversammlung vom 12. März nahmen die hiesigen Chemigraphen Stellung zur bevorstehenden Tarifrevision. Die Debatte darüber war sehr lebhaft. Es wurde besonders hervorgehoben, daß es an der Zeit sei, die Preiskonvention fallen zu lassen. Denn gerade in der jüngsten Zeit sind größere Firmen, die mit den besten Löhnen zahlen, wegen Nichteinhaltung der Preiskonvention aus der Tarifgemeinschaft ausgeschieden, oder sie wurden ausgeschlossen. Für die Gehilfen sei jedoch nicht der nötige Ausgleich betr. Neubesetzung von Stellen vorhanden. Außerdem könne es den Chemigraphen-ganz gleichgültig sein, was die Prinzipale für ihre Produkte verlangen; die Hauptsache sei, daß sie einen auskömmlichen Lohn für ihre Arbeitskraft erhalten. Einmütig kam der Wunsch zum Ausdruck, daß den organisierten Chemigraphen auch die nicht dem Bunde der chemigraphischen Anstalten angeschlossenen Firmen zur Annahme von Stellen offen stehen müßten, sofern sie den Tarif anerkennen. Weiter wurde gewünscht, daß die Lehrlingsskala herabgesetzt werden möchte, um zu vermeiden, daß das Überangebot von Arbeitskräften noch weiter um sich greift und kleinere Firmen nicht in die Lage versetzt werden könnten,

bei 3 bis 4 Gehilfen ebensoviel Lehrlinge halten zu können. Die Debatte zeitigte die Annahme folgender Anträge: Es soll versucht werden, einen Tarif ohne die sogenannte Preiskonvention abzuschließen, oder unsere Arbeitslosen in besserer Weise als bisher zu unterstützen. Erwünscht ist ferner eine gründliche Revision der Lehrlingsskala.

**Leipzig (Chemigr.).** In unserer letzten Mitgliederversammlung referierte Kollege Köhler über die verfllossene zehnjährige Tarifperiode der Chemigraphen. Er ging zunächst auf die Tarifgemeinschaft im Allgemeinen und ihren Nutzen ein. Hierauf schilderte er die Gliederung unseres Gewerbes, das er mit Recht mit als eins der jüngsten Kinder des Kapitalismus bezeichnete. Er verbreitete sich über die älteren Illustrationsverfahren, die bald den Anforderungen der modernen Drucktechniken nicht genügten, speziell in bezug auf die schnelle und billige Herstellung von Druckstöcken. Diese Anforderungen erfüllte die Chemigraphie, die sich Bahn brach und in kurzer Zeit fast das gesamte Feld der Illustrationstechnik eroberte. In dieser Zeit des Aufblühens unsers Gewerbes machte sich auch ein merklicher Fortschritt des Organisationsverhältnisses innerhalb der Kollegenschaft bemerkbar. Bis Ende der neunziger Jahre bestanden in den einzelnen Städten nur Lokalvereine, die man zu zentralisieren bemüht war. Die chemigraphischen Anstalten schossen wie Pilze aus der Erde, und es entwickelte sich eine Schutz- und Schleuderkonkurrenz, die nicht nur die Gehilfen, sondern auch die Unternehmer sowie das ganze Gewerbe enorm schädigte. Durch diese Verhältnisse gezwungen, entschlossen sich sowohl die Gehilfen als auch die Prinzipale, einen Tarifvertrag für das Gewerbe abzuschließen. Die Zentralisation der Hilfsorganisation hatte sich in dieser Periode bereits verwirklicht. Sie übernahm die Führung, und so kam im Jahre 1903 der erste Tarifvertrag zwischen dem Verein der Lithographen und Steindruckern (Sektion der Chemigraphen) und dem Bund der chemigraphischen Anstalten zustande. Der Referent ging auf die Bestimmungen des ersten Tarifs bezüglich Arbeitszeit und Löhne ein und verbreitete sich speziell über die Bestimmungen der Preiskonvention, die wir mit in Kauf nehmen mußten, da sonst der Tarif gescheitert wäre. Bei der im Jahre 1905 aufgenommenen Statistik, also nach 2jährigem Bestehen des Tarifs, zeigte es sich, daß der Tarif schon in der kurzen Zeit ganz nennenswerte Vorteile für beide Parteien gebracht hatte. Die Löhne waren im Durchschnitt gestiegen, ebenso der Prozentsatz der organisierten Gehilfen. Die nächsten Tarifverhandlungen 1907 spielten sich im Gegensatz zu den ersten wesentlich stürmischer ab, speziell wegen der Preiskonvention. Die Prinzipale verlangten entschieden, daß die Gehilfen mehr für die Konvention eintreten sollten. Die Gehilfen forderten dementsprechend zu diesem Punkte nicht nur Beratungs-, sondern auch Mitbestimmungsrechte. Nach heftigem Sträuben der Prinzipale kamen dann die sogenannten Ehrengerichte bzw. Prüfungskommissionen zustande. Auch wurden beim Abschluß dieses Tarifs einschneidende Bestimmungen über das Akkordwesen des Kupferdrucks getroffen und ein Garantielohn eingeführt. Der Referent betonte, daß in Differenzen, die sich aus der Preiskonvention ergaben, die Gehilfen stets mustergültig ihren Mann gestellt haben und geschlossenen aus den betreffenden Anstalten austraten. Auch der Streik der Lithographen und Steindruckern 1906 führte in einzelnen Betrieben zu Differenzen, speziell wo Arbeiten in Steinauto und Photolitho hergestellt wurden. Es kam zu einem Entscheld, worin festgesetzt wurde, daß alle Arbeiten, deren Endprodukt Hochdruck ist, zur Chemigraphie gehören, bei Flachdruck zur Lithographie. Beim Streik 1911 lauteten dieselben Erscheinungen auf und das Tarifamt entschied diesmal, daß auch die Vorarbeiten für Steinauto und Photolitho als rein chemigraphische Arbeiten zu betrachten sind. In der jetzigen Zeit haben sich die Verhältnisse in unserm Gewerbe allerdings gewaltig geändert; in den einzelnen Sparten traten große Umwälzungen ein, speziell in der Retusche und Ätzerlei durch Aufstellen von Maschinen und durch die intensivste Ausnutzung der Arbeitskraft der einzelnen Kollegen. Ebenso müssen wir damit rechnen, daß sowohl der Mertenstiedruck als auch der Offsetdruck für unser Gewerbe ungeahnte Umwälzungen herbeiführen kann. Der Referent betonte am Schluß seiner Ausführungen, daß wir bei den neuen Tarifberatungen unbedingt an einer entsprechenden Aufbesserung der Löhne festhalten müssen, um einen Ausgleich zu den in den letzten Jahren eingetretenen ganz enormen Teuerungsverhältnissen zu erhalten, da bis jetzt für diese Erscheinung des Kapitalismus von den Prinzipalen in unserm Gewerbe absolut kein Entgegenkommen gezeigt wurde. Desgleichen betonte der Redner, daß man an der Ferienforderung unbedingt festhalten müsse, da gerade in unserm Gewerbe durch die hastende und aufreibende Arbeitsweise jeder Kollege eine Erholungsphase zur Erholung seiner Gesundheit ganz dringend benötigt. In der Diskussion teilten sämtliche Redner den Standpunkt des Referenten; speziell war die Versammlung in Bezug auf die vom Referenten betonten Forderungen eines Sinnes.

# Feuilleton.

## Die Hekatoncheiren.\*)

Es qualmt die Esse, es rasselt das Rad,  
Die Hämmer pochen früh und spät,  
Die Hebel ächzen, der Ofen glüht,  
Es dröhnt der Maschine ehernes Lied.  
Und über die Arbeit schwer und heiß,  
Benetzt von Tränen, Blut und Schweiß —  
Da sprechen sie alle,  
Die teilend und pochend  
Und hämmernd und kochend  
Und drehend und schürend  
Und Werkzeuge führend  
Mit tosendem Schalle  
Geschäftig sich regen,  
Den seltsamen Segen:  
»Wir schmieden,  
Wir schmieden  
Die Rüstung der Zeit,  
Die uns befreit!  
Gedeih!  
Gedeih!  
Bis, erwacht,  
Im Kampf für sein Recht  
Dich trägt der Knecht  
Aus der Nacht  
An das fröhliche Licht,  
Bis die Kette bricht  
Und der Mensch wird frei!

Es qualmt die Esse, es rasselt das Rad,  
Es tanzen die Schiffsden früh und spät,  
Die Hebel ächzen, der Ofen glüht,  
Es singen die Schiffsden ihr schnurrend Lied.  
Und über die Arbeit schwer und heiß,  
Benetzt von Tränen, Blut und Schweiß —  
Da sprechen sie alle,  
Die hechelnd und raspeind  
Und spinnend und haspeind  
Und ordnend und richtend  
Und Fäden schlichtend  
In dumpfer Halle  
Geschäftig sich regen  
Den seltsamen Segen:  
»Wir weben,  
Wir weben  
Zum kommenden Streit  
Das rote Kleid!  
Gedeih!  
Gedeih!  
Bis, erwacht,  
Im Kampf für sein Recht  
Dich trägt der Knecht  
Aus der Nacht  
An das fröhliche Licht,  
Bis die Kette bricht  
Und der Mensch wird frei!

Es qualmt die Esse, es rasselt das Rad,  
Die Hämmer pochen früh und spät,  
Die Hebel ächzen, der Ofen glüht,  
Der Ambos dröhnt und klingt sein Lied.  
Und über die Arbeit schwer und heiß,  
Benetzt von Tränen, Blut und Schweiß —  
Da sprechen sie alle,  
Die hämmernd und streckend  
Und stählend und reckend  
Und schleifend, pollierend  
Und damaszierend  
Mit raselndem Schalle  
Geschäftig sich regen,  
Den seltsamen Segen:  
»Wir schärfen,  
Wir schärfen  
Das Schwert der Zeit,  
Die uns befreit!  
Gedeih!  
Gedeih!  
Bis, erwacht,  
Dich schwingt der Knecht  
Für sein gutes Recht  
In der Schlacht,  
Bis dich grüßt das Licht,  
Bis die Kette bricht  
Und der Mensch wird frei!

Es wühlt der Pflug, die Egge scharrt,  
Von Sicheln und Sensen das Feld erstarrt,  
Die Tennen erdröhnen vom Wechselschlag  
Die Mühlen klappern Nacht und Tag.  
Und über die Arbeit schwer und heiß,  
Benetzt von Tränen, Blut und Schweiß —  
Da sprechen sie alle,  
Die mahlend und pflügend  
Und Garben fügend  
Und dreschend und mähend  
Und pflanzend und säend,  
In Feld und Halle  
Geschäftig sich regen,  
Den seltsamen Segen:  
»Wir säen,  
Wir säen  
Den Samen zum Streit:  
Den Hunger der Zeit!  
Gedeih!  
Gedeih!  
Bis, erwacht,  
Vom Drange der Not,  
Begehrt sein Brot  
Mit Macht  
Das Proletariat,  
Bis die eigene Saat  
Auch die Frucht ihm sei!

Die Feder raschelt, das Auge blitzt —  
Das sinnende Haupt in die Hand gestützt,  
Sitzt spät, wenn im Schlafe schon alles ruht,  
Der Mann des Geists bei der Lampe Glut,  
Und über die Arbeit schwer und heiß,  
Benetzt von Tränen, Blut und Schweiß —  
Da sprechen sie alle,  
Die forschend und sinnend,  
Ideen gewinnend  
Und schreibend und dichtend  
Und rechnend und schlichtend,

In stiller Halle  
Bescheiden sich regen,  
Den seltsamen Segen:  
»Wir denken,  
Wir denken  
Zum Weltenstrauß  
Den Schlachtenplan aus.  
Gedeih!  
Gedeih!  
Bis, erwacht,  
Von des Schlafes Bann,  
Dir folgt wie ein Mann  
Aus der Nacht  
Das Volk zum Licht!  
Bis die Kette zerbricht  
Und der Mensch wird frei!

Der Spaten klingt, die Scholle weicht,  
Die lockerde Hacke tiefer steigt,  
Die Grube wird tief und lang und breit,  
Die Zypresse schüttelt ihr Trauerkleid,  
Und über die Arbeit schwer und heiß,  
Benetzt von Tränen, Blut und Schweiß —  
Da sprechen sie alle,  
Die Steine packend  
Und Erde hackend  
Und spatenstehend  
Und schollenbrechend  
Mit dumpfem Schalle  
Gespenstig sich regen,  
Den seltsamen Segen:  
»Wir graben,  
Wir graben  
Ein großes Grab;  
Da senkt man hinab  
Ohn' Sang  
Und Klang  
Die alte Zeit  
Und die Tyrannei,  
Und darüber frei  
Soll erstehn  
Der Tempel des Rechts,  
Auf dessen Höhn  
Der Liebe Fahnen wehn  
Und der Brüderlichkeit!

Karl Weiser.

## Vom Büchertisch.

**Die preussischen Landtagswahlen** Ein Führer durch das Dreiklassenwahlrecht. Von Landtagsabgeordneten **Robert Leinert**. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer, G. m. b. H., Berlin S.W. 68. 56 Seiten 16<sup>o</sup>, Preis 30 Pf.  
Das Schriftchen zeichnet sich durch eine knappe, aber trotzdem vorzüglich informierende Darstellung und durch übersichtliche Anordnung des Stoffes aus. Im bevorstehenden preussischen Wahlkampf wird es als Aufklärungs- und Agitationsmittel sehr gute Dienste leisten. *ph.*  
**Kleines Lehrbuch der verbesserten Welt-sprache Esperanto** von **Dr. W. Stelzner**. Verlag Fritz Stephan, Leipzig, Keglerstr. 2. 20 Seiten 16<sup>o</sup>, Preis 15 Pf.  
Das gute Schriftchen gewährt trotz seines geringen Umfanges ein genaues Bild der Weltsprache Esperanto und kann daher jedem empfohlen werden, der sich über diese Sprache informieren will. *ph.*

\*) Die griechische Sage erzählt von Riesen, die mit hundert Händen begabt waren. Hunderthänder, das heißt griechisch Hekatoncheiren. Diesen Namen hat Karl Weiser (Gera) für das kämpfende Proletariat gewählt, dem er im Jahre 1872 diesen Hymnus widmete. Die prächtige Dichtung wurde jetzt auch durch den Grazer Komponisten Eisäfer zu einem großen Chorwerk gestaltet.

**Chiffre - Inserate**  
finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr.  
**Die Expedition.**

**Stellenangebote**

**Ia. Maschinen-Retuscheure**

bei hohem Lohn in dauernde Stellung gesucht. Nur wirklich tüchtige Herren wollen sich melden. [270]  
Kunststaller Graphia, Mannheim.  
E. Schönwolf.

Gesucht eine erste Kraft für  
**Schwarz- und Farbzungen**  
Angebote mit Gehaltsforderungen an  
Köhler & Lippmann, Braunschweig

**Tüchtiger Fräser u. Monteur**  
baldigst gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen an [210]  
Müller, Siefert & Co., G. m. b. H., Mannheim-L.

**Lichtdruck-Maschinenmeister** für ein- und mehrfarbigen Druck, nur durchaus tüchtige Kraft, wird gesucht bei [210]  
Franz Hanstaengl, Hof-Kunstanstalt, München.

**Ia. Masch.-Retuscheur**  
in dauernde Stellung bei hohem Salär gesucht. [180]  
Richard Labisch & Co., G. m. b. H., Berlin, Schilderstr. 5-6.

Mehrere tüchtige  
**Messingstecher**  
werden durch den Arbeitsnachweis ges.  
C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

**Verschiedenes**  
**Das echte Tanglerfell in tadelloser Schärfe**  
liefert **Leipziger Tangler-Mantel, Alexander Grube, Leipzig, Talsir. 40.**



**Graphische Fachklassen**  
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-druck, Photomechanische Verfahren. Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbebechule **Barmen**

**Wirklich nicht erstklassig**  
sind Tanglerhäute d'e braun werden u wegen flachen Reliefs nur leicht freihändig eingewalzt werden dürfen. Der Neuzeit entsprechende **moderne Tanglerfilme** liefert in 335 Dessins **Franz Trommer, Leipzig, Bülowstr. 8.**

**„Faltentod“**  
Endlich ist er da der Faltentöter! (Pat. Drawe.)  
Einzig wirksame Vorrichtung zur Verhinderung der Faltenbildung und des Dehnens der hinteren Ecken beim Bedrucken der Bogen.  
In kurzer Zeit bereits glänzend bewährt!  
Patente in allen Kulturstaaten.  
**Krieger & Co., Bielefeld.**

**Wollen Sie Ihr Inserat Fachliteratur.**  
pünktlich erscheinen lassen, so senden Sie es direkt an die Expedition. Senefelders Lehrbuch der Lithographie und des Stein-drucks vom Jahre 1821.

**60 000 Druck!**  
Hamburg, 14. Nov. 1912  
Hiermit beschneige ich dem Maschinenstr. Herrn F. Hantke, Hamburg 22, Woldorferstr. 60, daß er in meiner Anstalt mit Hilfe seines

**„Matt-Lack“ u. „Tonschutzes“**  
sechzigtausend Druck 125er Format, Raster, ohne Einwalzen und Nachätzen gedruckt hat. Die Platte war dann noch unverändert. [300]  
Druckerei H. Carly.  
I. V.: Wilh. Höbel.  
Man beachte das andere Inserat.

**Verbandsnachrichten Solingen.**  
Kassierer und Unterstützungsaus-zahler ist **Aug. Arrenberg**, vom 1. April ab Bülowstr. 19.